Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 153 27. NOVEMBER 1976

D 1870 CX

INLAND

INTERNATIONALES

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse
auf das postscheckkonto:
frankfurter
informati...
6000
...nrift
...mmer ange-
...gegebenenfalls
...uchwort "neuabo" oder
"adressänderung".

DER ID MACHT EINE WINTERPAUSE:
Letzter ID im alten Jahr: 18. Dezember
Erster ID im neuen Jahr: 8. Januar

INLAND

IN BROKDORF GAB ES SCHWERVERLETZTE

BROKDORF
20. November

Die nachfolgende Erklärung und die Augenzeugenberichte stammen von den Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe:

BROKDORF, WEWELSFLETH 20.11.76

PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ UNTERELBE BETREFFEND VERLETZTE KKW-GEGNER VOM 13. November 1976

Die Erfahrungen bei den Protesten gegen den Bau von Atomkraftwerken und die Ankündigung der Landesregierung von Schleswig-Holstein ließen erwarten, daß das in Brokdorf aus der ganzen Bundesrepublik zusammengezogene Polizei- und Bundesgrenzschutzheer mit großer Härte gegen die Demonstranten vorgehen würde. Daraufhin hat die BUU gemeinsam mit vielen freiwilligen Helfern (Ärzten und Sanitätern) einen minimalen medizinischen Schutz organisiert. Entgegen vielen Berichten in der Presse hat das brutale Vorgehen der Polizei zu unterschiedlich schweren Verletzungen bei einer bisher nicht unübersehbaren Zahl von Demonstranten geführt. Die BUU legt hiermit erste Zahlen vor. Die Angaben sind Berichten des Krankenhauses in Wilster (Menckestift), der Notversorgungsstellen der BUU sowie einzelner fachkundiger Helfer entnommen.

— 500 Personen wurden z.T. erheblich durch den massiven Einsatz von Giftgasen verletzt. Tränengas, Nebelkerzen und die „chemische Keule"wurden wahllos und z.T. von Hubschraubern aus gegen Menschenansammlungen eingesetzt. Dies führte zu Augenverletzungen, Hautverätzungen sowie Atemnot und bedrohlichen (etwa 50 Fälle) Kreislaufraktionen, ferner zu Vergiftungserscheinungen, anhaltendem starkem Kopfschmerz und Übelkeit, in einem Fall zu einer lebensgefährlichen Lungenerkrankung (beginnendes Lungenödem).

— 50 Personen wurden durch Steinwürfe und Knüppelschläge verletzt (Kopfplatzwunden und Prellungen). Vor allem gegen Ende der Demonstration entstanden diese Verletzungen durch Steinwürfe und regelrechte Verfolgungsjagden der Polizei gegen friedlich und diszipliniert abziehende Demonstranten. Zu den schwersten und unmittelbar durch die Polizei verursachten Verletzungen zählen: 3 Wirbelsäulenverletzungen, 3 Schädelfrakturen, 10 schwere Gehirnerschütterungen, zwei Verletzte schweben immer noch in Lebensgefahr in verschiedenen Kliniken, einer davon ist der Kieler Betriebsrat B. Wottialla, der sich inzwischen einer Schädeloperation unterziehen mußte.

— etwa 150 Personen erlitten Unterkühlungen infolge des Wasserwerfereinsatzes bei den herrschenden Außentemperaturen. Es ist zu betonen, daß die Verantwortlichen diese Art der Körperverletzung bewußt in Kauf genommen haben.

— Nicht zuletzt sind die zahlreichen Nervenzusammenbrüche zu erwähnen. Außerdem kam es bei 50 Leuten zu unterschiedliich schweren Schnittverletzungen. Die vorliegenden Ziffern beruhen auf bisher faßbaren Untersuchungen der BUU. Die Dunkelziffer der Unterkühlten und der von der Polizei Mißhandelten beträgt jedoch mit Sicherheit ein Vielfaches.

In verschiedenen Fällen hat die Polizei Hilfe für schwerverletzte Demonstranten unterlassen; besonders empörend ist die Tatsache, daß die Polizei die frei Fahrt für Notarztwagen des „Roten Kreuzes" selbst im Falle schwerster Verletzungen behindert und aufgehalten hat.

Die BUU stellt fest, daß sowohl Art und Weise des Vorgehens der Polizeikräfte alsauch die Art und Anzahl der oben aufgeführten Verletzungen klar und eindeutig darauf hindauten, daß die Landesregierung in diesem Bürgerkriegsmanöver schwere und lebensgefährliche Verletzungen bei einer großen Zahl von Demonstranten in der Planung mit in Kauf genommen hat.

<u>Augenzeugenbericht</u> 17.11.76

Bei der Demonstration am 13.11. 76 in Brokdorf gegen das dort geplante Atomkraftwerk , war ich als von der Bürgerinitiative eingesetzter Sanitäter tätig. Bei der Bergung eines Demonstranten, dieser war infolge eines Steinwurfs 5 Min, bewußtlos, wurde ich gut 150 m vom Geschehen des Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei von einem Hubschrauber aus der Luft angegriffen. Der Hubschrauber flog in ca. 20 m Höhe über uns hinweg und warf Tränengasbomben auf uns ab. Außer daß dies ein völlig sinnloser Angriff war, wurde dadurch für mich und einen zweiten Sanitäter die Bergung des Verletzten enorm erschwert. Der Verletzte erhielt einen zweiten, diesmal wahrscheinlich psychischen Zusammenbruch,und wir mußten ihn ca. 500 m bis zum Krankenwagen tragen, wobei die Angriffe aus der Luft fortgesetzt wurden.

<u>Augenzeugenbericht</u> 14.11.76

Um ca. 11.15 Uhr (am Sonntag, 14.11.) gingen wir auf dem Deich entlang in Richtung Kundgebungsplatz. Vor uns postierten sich in einiger Entfernung 6 Polizisten, die aus dem Gebüsch auf der Elbseite des Deiches plötzlich auftauchten. Sie forderten uns auf, unsere Jacken zu öffnen. Wir taten es sofort. Die Jungen wurden abgetastet. Bei einem fand ein Polizist einen Bolzenschneider in einem Stiefel. (Wir wollten bei dem Bauern an der Verbindungsstr. die Zäune raparieren). P. blieb regungslos stehen, der Polizist holte sofort aus und schlug mit der Faust auf ihn ein. Er versuchte sich zu schützen, indem er mit den Armen Gesicht und Kopf bedeckte. Der Polizist schlug auch noch auf ihn ein, als er schon am Boden lag. Eine unten am Deich stehende Frau beobachtete den Vorfall und beschimpfte aufgebracht den Polizisten. Nachdem der Polizist seine unkontrollierten Prügeleien einstellte, wurde P. von ihm an den Haaren gezogen und als erster den Deich hinunter zur Straße geführt.

<u>Augenzeugenbericht</u> 13.11.76

Meine Schwester und ich kamen über den Deich von Brokdorf in Richtung Bauplatz (gegen 14.00 Uhr). Wir wollten uns mit den Leuten der BUU Itzehoe treffen. Wir verließen den Deich auf der Brokdorfer Seite des Baugeländes, um über die Wiesen die „431" zu erreichen. Dort begegneten uns viele verletzte Demonstranten, die gestützt oder getragen wurden. Als wir uns der Baustelle näherten rief die Polizei zum Verlassen derselben auf. Wir befolgten diesen Aufruf soforrt und wollten Richtung Brokdorf zurücklaufen. Mit uns gingen etwa 200 bis 300 Demonstranten.

Da kam eine Truppe von Polizisten zu Fuß, gefolgt von Fahrzeugen uns entgegen. Eine andere Gruppe von Polizisten mit Fahrzeugen und Wasserwerfern kam hinter uns her. Diese hatten wohl in die Baustraße wollen. Plötzlich griffen die Polizisten ohne Anruf von beiden Seiten an und knüppelten auf die Demosntranten ein. Fast alle Demonstraten wichen soforrt auf die linksliegende Wiese am Baugelände aus. Einige flüchteten nach rechts.Trotzdem gelang es einer Gruppe von 20 - 30 Demonstranten nicht mehr, die Straße zu verlassen. Sie wurden von der Polizei gnadenlos zusammengeknüppelt.

Meine Schwester und ich gingen auf der äußersten rechten Seite der Straße. Plötzlich rutschte sie in ein Wasserloch; da ich sie angefasst hatte, fiel ich auch. Ehe wir uns besinnen konnten, trafer uns heftige Schläge von Gummiknüppeln am Kopf, Rücken und Brustpartie. Mehrere Polizisten hieb en auf uns ein. Ich kriegte einen Tritt mit dem Stiefel vor die Brust und stürzte in den Graben. Einige Demonstranten zogen mich auf der anderen Seite heraus. Ich war völlig durchnässt.

Ich hielt nach meiner Schwester Ausschau. Sie lag auf der anderen Grabenseite neben einem anderen Demonstranten am Boden. Der andere Demonstrant blutete stark. Er wurde von zwei Polizisten unter die Arme gefasst und hochgezogen. Weil er immer wieder zusammensackte, wurde er mit Stiefeln getreten und mit Schlagstöcken bearbeitet. Ebenso erging es meiner Schwester. Etwas später wurden meine Schwester und der verletzte Demonstrant in einen Mannschaftswagen befördert.

Außerdem sah ich noch etwa 20 Demonstranten am Boden liegen. Polizisten knüppelten auf sie ein. Ein ca. 16 jähriges Mädchen lief, wohl vom Tränengas blind, in die Polizeimeute. Sie fiel hin. Sie wurde von Polizisten an Armen und Beinen ergriffen und in den breiten Wassergraben geworfen.

NOCH EIN BERICHT ZU BROKDORF

Eigentlich wollte ich keinen schreiben, aber die abgedruckten Berichte machen es, glaube ich, nötig, noch ein paar Sachen dazu zu sagen.

Zur Vorbereitung: bei uns gibt es eine schon arbeitende Initiative von knapp 50 Leuten. Der Schwerpunkt war der Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen. Als dann die Besetzung des Bauplatzes durch die NWK in Brokdorf bekannt wurde und eine Demonstration für den 30.Oktober angekündigt wurde, haben wir gleich dafür mobilisiert. Neben den üblichen Dingen (Flugblätter, Plakate) haben wir alle zusammengetrommelt für eine Vollversammlung zur Vorbereitung. Es kamen ungefähr 200 Menschen. Die konkrete Vorbereitung für die Demonstration war noch sehr schlecht.: „Jeder bereitet sich vor, bringt was mit - es wird schon werden."

Die Erfahrung durch die erste Räumung sowie die Vorbereitung der Gegenseite auf einen zweiten Ansturm veranlaßten uns zu noch besserer Vorbereitung. Wieder eine Vollversammlung. Es kamen über 400! Es wurde die weitere Verbreitung der Infos besprochen, Stadtagitation, Go-ins bei Veranstaltungen usw. und das Zulegen von defensiven Schutzmaßnahmen – Tuch mit Zitrone, Schwimmbrille, wasserfeste Kleidung, Stiefel, eine zweite Garnitur, Klamotten zum Wechseln –.

Zwei Tage vor der 2. Demonstration nochmals Vollversammlung, diesmal über 700 Leute. Genaue Diskussion über die Frage der Gewalt: keine Gewalt gegenüber Personen – nur Notwehr vor dem Hintergrund der Argumentation: ein Baustop ist nur durch Platzbesetzung zu erreichen! Nochmals detaillierte Ratschläge wie sich einzelne am besten vor den Waffen der Gegenseite schützen können und müssen!

Hingefahren wurde in Bussen und PKW's. Jeder Bus hatte eine Standarte (Schild mit der Busnummer von 1 - 20), damit man sich immer wieder finden konnte – auf und vor dem Platz. Jeder Bus hatte einen ‚Leithammel' mit Stellvertreter und zwei Kurieren, die die Verbindung zu einer zentralen Infostelle vor dem Platz halten sollten. Die PKW's ordneten sich den Bussen zu. Auf der Hinfahrt wurden die Pläne auf den Tisch gelegt, wie wir uns konkret in Brokdorf verhalten werden und was geplant ist.
Die Frage der Gewalt wurde wiederum diskutiert. Der Rest der Fahrt wurde darauf verwendet, so etwas wie ein Buskollektiv zu bilden – jeder muß seinen Nachbarn kennen, Vertrauen zu ihm bekommen usw. Die Aufgabe der Leithammel bestand darin, die Gruppe dann zu führen und einheitliche Entscheidungen mit den anderen Leithammeln zu treffen. Diese Vorbereitung hat sich bewährt, auch wenn noch nicht alles geklappt hat!

Mit scheint es deshalb so wichtig, weil viele völlig unvorbereitet auf dem Platz erschienen sind – sowohl in Bezug auf eine mögliche Platzbesetzung als auch auf die Vorgehensweise des Staatsapparates. Es schienen viele zu einem Sonntagsspaziergang dort zu sein. Das Resultat war Desorientiertheit und Panik.
Viele fanden ihre Gruppen nicht wieder oder nur sehr zufällig (siehe ID 151). Wir können uns gut schützen, wenn wir in Gruppen zusammenbleiben, die sich kennen. Verhaftungen können verhindert oder wenigstens registriert werden. Verletzte können versorgt werden. (Rückzüge nur unter Mitnahme aller Verletzten.)
Es können organisierte Entscheidungen getroffen werden – außerdem, und das ist wohl das wichtigste – gibt einem die Zugehörigkeit zu einer Gruppe unheimlich viel Mut und Kraft.

Vor weiteren Aktionen sollten auf jeden Fall überall ähnliche Vorbereitungen laufen. Nebenbei: die Taucher- oder Schwimmbrillen haben sich nicht bewährt, in jedem BW-Shop gibt's Masken für 30 Mark.

BROKDORF–HILFE: GELD FÜR ZERTRAMPELTE WIESEN

AACHEN
24.November

Zur Demonstration gegen den Bau von Kernkraftwerken kamen 30.000 Menschen aus der Umgebung von Brokdorf und allen Teilen der BRD. Dabei entstanden Schäden in Höhe von mehreren tausend Mark an einem unmittelbar neben dem Bauplatz gelegenen Bauernhof, vor allem durch Zerstörung von Weideland und Zäunen. Der Bauer selbst ist Gegner des Brokdorfer Kernkraftwerkes.

Wenn wir gemeinsam Widerstand leisten, darf nicht einer von uns auf der Strecke bleiben! Deshalb bitten wir die Teilnehmer der Demonstration, ebenso wie alle anderen, die diese Demonstration unterstützen, den entstandenen Schaden mit ein paar Mark beseitigen zu helfen. Überweist das Geld bitte auf folgendes Konto:

Ulrich Osberghaus,Spendenkonto Brokdorf-Hilfe
Konto-Nr. 212/0996/01
Deutsche Bank Aachen,Bankleitzahl 390 700 20

JUGENDLICHE DER IG-METALL SOLIDARISCH MIT BROKDORF

STUTTGART
22.November

Auf der Ortsjugendkonferenz der IG -Metall Im Bezirk Stuttgart wurde folgende Solidaritätsresolution für Brokdorf verabschiedet (einstimmig von allen 130 Delegierten!):

„Wir verurteilen entschieden den brutalen Polizeieinsatz vom 31.10.76 gegen die Bürgerinitiativen, die gegen den Bau eines Kernkraftwerkes in Brokdorf protestierten. Wir unterstützen eure Forderungen, daß in Brokdorf kein KKW gebaut wird und wenden uns gegen das Argument der Betreiber, daß ein KKW Arbeitsplätze schafft:

1. der höhere Strombedarf der Industrie dient fast ausschließlich Rationalisierungsinvestitionen und setzt somit Arbeitskräfte frei. Auch in den letzten Jahren hatten wir Überschußenergie und trotzdem hat die Arbeitslosigkeit zugenommen.
2. Sichere Arbeitsplätze sind nur solche, die die Anforderungen des Umweltschutzes erfüllen. Wie die Beispiele der PVC-Produktion und von Seveso in Italien zeigen, nützen uns keine Arbeitsplätze, die dazu führen, daß unsere Kollegen nach 5 oder 10 Jahren kaputtgeschrieben werden.

Der Ortsjugendausschuß der IG Metall wurde beauftragt, eine Veranstaltung zu dem Thema „Sichert die Kernenergie-Arbeitsplätze" zu machen, mit Vertretern der Bürgerinitiativen (Wyhl) und der Energieversorgung Schwaben (EVS, baute KKW Neckarwestheim).

Von Konferenzteilnehmern wurden 100,;DM gesammelt, zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe."

NDR-ZENSUR FÜR NIEDERLÄNDISCHES FERNSEHEN

HAMBURG
22. November

Die niederländische Fernsehgesellschaft VARA in Hilversum, die der sozialdemokratischen Partei der Arbeit nahesteht, wurde in ihrer Berichterstattung über den Polizeieinsatz gegen die Kernkraftwerksgegner in Brokdorf zensiert. Obwohl die VARA mit den Magazinsendungen und der Tagesschauredaktion des Norddeutschen Rundfunks einen Austausch vereinbart hat, wurden die gewünschten Filmbeiträge, die hierzulande bereits ausgestrahlt waren, nicht von Hamburg nach Hilversum überspielt. Es bedurfte erst energischer Proteste unter Hinweis auf die vertraglichen Vereinbarungen, um schließlich – mit zweitägiger Verspätung – einen Filmbeitrag über den Einsatz der „Chemischen Keule" zu erhalten.

Auf einen anderen, im Rahmen des vereinbarten Austausches angeforderten NDR-Film mit dem Titel „Brokdorf – ein zweites Wyhl" warteten die Hilversumer TV-Macher trotz resolut abgefaßter Fernschreiben an NDR-Intendant Martin Neuffer vergebens. Aus Hamburg wurde schließlich signalisiert, daß die „Gründe" für die vertragswidrige Vorenthaltung der Filmaufnahmen „außerhalb des freien Willens des Senders" liegen. Für die VARA ist dies freilich keine hinreichende Erklärung, so daß sich ihr verantwortlicher Programmdirektor zu der Erinnerung veranlaßt fühlte, daß sein Sender – ungeachtet der brisanten Thematik – schließlich auch in Hamburg bestelltes Material anliefere, das sich beispielsweise mit für Holland so leidigen Themen wie den Aktivitäten Prinz Bernhards beschäftige. Konsequenz der VARA aus diesen Erfahrungen: zum Wochenende wird ein eigenes Team nach Brokdorf fahren.
(aus: berliner extradienst, Nr. 89/X vom 12.11.76)

DER SPANDAUER WALD WIRD BEWACHT

WESTBERLIN
24. November

Nach der siebenten Informationswanderung der Aktionsgemeinschaft Oberjägerweg zum Kraftwerksgelände im Spandauer Forst (siehe auch ID 123, 124, 132, 152), an der etwa 1.500 Leute teilnahmen, wurde am Sonntag, 21. November, etwa 300 Meter vom Oberjägerweg entfernt im Wald ein Lagerplatz aufgeschlagen. In wenigen Stunden bauten junge Leute eine 30 bis 40 Quadratmeter grosse Holzhütte und schlugen mehrere große und kleine Zelte auf (so der „Berliner Tagesspiegel").

Nun fingen wir an, das Haus zu bauen (Bullen gabs wenige und die hinderten uns auch nicht am Bau). Vorher ging schon ein Flugblatt rum, wie frau/man am besten sowas bewerkstelligen kann. Wir haben uns ein bißchen danach gerichtet und fertigten die Rahmen an, buddelten sie dann in 1,5 Meter Abstand in die Erde, zückten dann wieder Hammer und Nägel und hauten die Bretter zwischen die Rahmen.

Als die Seiten halbfertig waren, fingen die nächsten mit dem Dachboden an. Als dort das erste Brett fest war, sprangen die nächsten drauf und zimmerten das Giebeldach. So war ein riesiges Getummel und Gehämmere im und ums Haus. Die jetzt schon etwas später anrückenden Leute wurden durch die Hammerschläge, die durch den Wald hallten, in ihren Schritten richtig beflügelt.

Blöd bei diesem „Häusle baue" war, daß nicht jeder Werkzeug mitbrachte, denn Werkzeug dort in diesem Rummel auszuborgen, war nicht so gut, weil es nicht immer unbedingt zurückkam (also: nächstes Mal was mitbringen!). Das andere, was noch nicht so gut klappte, war die Zusammenarbeit unter uns, denn ein paar waren die ganze Zeit mit dem Bauen beschäftigt, und nahmen so den anderen, die auch hatten bauen wollen, den Platz weg. Daß sich hier die am Selbstsichersten wieder mal durchgesetzt haben, sahen wir unter anderem daran, daß in der Mehrzahl Männer am bauen waren und nicht gleich viele Frauen und Männer.

So mitten beim Dachdecken dröhnte ein großer Beifall durch den Wald und ein schöner Richtkranz wurde herangetragen. Er und zwei schöne Fahnen schmücken seitdem den Giebel unseres Hauses.

Als es so langsam dunkelte, zogen dann viele nach Hause. Die noch blieben, bedeckten das Dach noch mit etwas Dachpappe und schlossen auch noch die Löcher dicht, bis sie sich auf die Finger klopften, weil sie nichts mehr sahen. Fertig ist das Haus allerdings nun auch, sogar mit Ofen, Parkett und Sofa!"



Zum Hüttenbau steht im Info der Berliner undogmatischen Gruppen (Info BUG):„ ... Am Sonntag kamen wir wieder, mit Brett, Säge, Hammer, Nägeln. (ein paar mußten natürlich auch eine Wasserwage + Zollstock (sehr nützlich gewesen) + Motorsäge + Stromaggregat mitbringen.) Die Bürgerinitiative fuhr noch ihren Videowagen auf und zeigte Filme aus Brokdorf, vorher verteilten sie Lagepläne.

Am Tag zuvor gabs eine Demonstration. 6.000 Leute zogen zum Spandauer Rathaus, und weiter in den Spandauer Wald:

„Ein paar Waldschrats kamen mit Schlafsack und Hängematte gleich an und hängten sich schon in dieser Nacht zwischen die Bäume." – so stehts im Info BUG.

Am Montag wurde ein Koch- und Ordnungsdienst aufgestellt und eine „Alarmstaffel" eingerichtet, die eine mögliche Rodung

des Waldes für den Kraftwerksbau sofort melden und viele Leute zum Schutze der Bäume mobilisieren soll. Nach Angaben der Bürgerinitiative Oberhavel/Oberjägerweg soll der Bauplatz jetzt rund um die Uhr bewacht werden.

Als am Montag ein Kran und ein Lastwagen mit einem Bautrupp für Probebohrungen anrückten, zogen Kraftwerksgegner Baustämme in den Weg. Auch andere Zufahrten wurden mit Baumstämmen gesperrt. Laut „Berliner Morgenpost" entdeckte die Polizei, daß eine Notrufsäule beschädigt worden war. Bauarbeiter meldeten außerdem, daß ein bereits am Sonntag aufgestellter Bohrturm umgestürzt und ein schwerer Bohrmeißel — vermutlich mit einem Vorschlaghammer — unbrauchbar gemacht worden sei. Ein Sprecher der Aktionsgemeinschaft Oberjägerweg verurteilte das gewaltsame Vorgehen.

Der Berliner Senat reagierte zunächst gelassen auf die Besetzung: er sieht darin keinen Straftatbestand, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit. Damit gibt es auch keinen Zwang zur Strafverfolgung. Doch lange wird es so nicht bleiben: im Senat wird eifrig über den Zeitplan für die Bauvorbereitungen diskutiert, und die Herren haben es eilig, denn die BEWAG will den Wald noch im Winter abholzen und das, obwohl der Bau des Großkraftwerkes (1.200 Megawatt in zwei Stufen) noch nicht genehmigt ist und 25.000 Bürger durch Unterschrift diesen Bau verurteilt haben. Eine Klage und einstweilige Anordnung gegen die Rodung sind von der Bürgerinitiative eingereicht worden.

Gründe, die gegen den Bau des Großkraftwerks sprechen, sind auf einem Flugblatt aufgeführt:

„WIR SIND GEGEN DIESES KRAFTWERK

denn der Bau im Spandauer Forst würde unter anderem bedeuten: Zerstörung eines der wenigen Erholungsgebiete für die Berliner Bevölkerung.

Die Erhaltung der Waldgebiete ist elementare Bedingung für das Wohlbefinden der Menschen. Einmal vernichteter Wald ist unwiederbringlich verloren für uns selbst und viele kommende Generationen. Der Verlust eines geschlossenen Waldgebietes ist niemals durch Neuanpflanzung irgendwoanders wiedergutzumachen. Wald kann nicht wie ein Zirkus an einer Stelle ab- und an anderer wieder aufgebaut werden. Die Berliner sind bereits jetzt benachteiligt, was die Versorgung mit Waldfläche betrifft. Vergleich:

1.300 m^2 Waldfläche pro Einwohner in der BRD,
31 m^2 Waldfläche in Westberlin.

Negative Auswirkungen auf Klima, Gewässer, Naturschutzgebiete Teufelbruch und Rohrpfuhl, Grundwasserspiegel.

Noch größere Verschmutzung der Luft, das heißt Gefährdung unserer Gesundheit.

Zum Teil werden schon jetzt die gesetzlich zugelassenen Höchstwerte für Luftverschmutzung überschritten. Geplant sind 600 MW (Megawatt), weitere 600 MW sollen folgen. Schon bei 600 MW würde die Berliner Luft mit täglich über 130 Tonnen Schwefeldioxyd (SO_2), sowie mit anderen hochgiftigen Substanzen belastet werden.

Da Berlin in der Westwindzone liegt, bekommt die ganze Stadt die Schadstoffe ab.

Das gefährdete Waldgebiet gehört zum besten Waldbestand Berlins. Es hat den Krieg unversehrt überstanden und blieb auch während der Blockade verschont. Soll es nun einem kurzsichtigen Entschluß der Politiker zum Opfer fallen?

Die Vernichtung von 35 ha Wald und der Bau des Kraftwerkes ist kein Spandauer Problem allein; es trifft alle Berliner!

Deshalb sollten sich auch alle Berliner dagegen wehren!"

Kontaktadresse: **Klaus Wiesinger**
Ahornallee 15
1000 Berlin 20
Tel.: 030/353 47 86

ANMERKUNG: Der Berliner Senat hält an dem Baubeginn: Mai 77 fest. Zu diesem Terminplan gahört auch, daß der Wald im Dezember 1976 gerodet wird.

DEUTSCH-HOLLÄNDISCHE ANTI-ATOM-AKTION

VLAGTWEDDE
23. November

Am Samstag, den 17. Oktober, ist in Vlagtwedde im nördlichen Teil von Groningen die deutsch-niederländische Anti-Atom-Aktion gegründet worden. Mitglieder sind Umweltgruppen aus dem Norden von Holland und Bürgerinitiativen aus Norddeutschland. Geplant ist eine gemeinschaftliche Kampagne gegen die Pläne der Regierung der Bundesrepublik, in Lichtenhorst eine Anlage zur Wiederaufbereitung von radioaktiven Brennstäben zu bauen, die auch von den Niederlanden benutzt werden soll. Die Gruppen haben beschlossen, über das Vorhaben in zwei Sprachen zu informieren und eine Alarmkette zu bilden. Im Osten der Provinz Groningen und entlang der deutschen Grenze sollen mehrere Bewachungszentren errichtet werden.

KEIN RAUM FÜR „WYHL" IN KATHOLISCHER FACHHOCHSCHULE

FREIBURG
22. November

Im Rahmen seines Kulturprogramms beabsichtigte der Asta der katholischen Fachhochschule Freiburg am 18.11.76 eine Veranstaltung unter dem Thema „Arbeit einer Bürgerinitiative" durchzuführen. Dazu sollte ein Film gezeigt werden über die Arbeit der Badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl. Anschließend war eine Diskussion geplant mit Vertretern der Bürgerinitiativen, sowie mit Dozenten und Studenten, die entweder in Bürgerinitiativen arbeiten oder aufgrund ihrer Lehrinhalte mit der Problematik und Arbeit von Bürgerinitiativen näher vertraut sind.

Der Raum für die Veranstaltung war von der Schulleitung bereits am 19.10.76 genehmigt worden. Am 16.11.76, zwei Tage vor der Veranstaltung, informierte der Asta über eine Wandzeitung und ein Flugblatt die Studentenschaft noch einmal über Sinn und Zweck dieser Veranstaltung. Sie war gedacht als Bereicherung der Ausbildung, da Bürgerinitiativen zunehmend Betätigungsfelder für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen werden. Es sollten aber nicht nur die Erfahrungen der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen diskutiert werden, sondern z.B. auch die Arbeit der Mieterinitiative Weingarten-Haslach, der Bürgerinitiative gegen die Berufsverbote Freiburg, der Bürgerinitiative gegen den Ausbau der B 31 und der Aktion Umweltschutz.

Am 18.11. erhielt dann der Asta einen Brief von Rektor Sagi, datiert vom 16.11., indem er die Genehmigung für die Veranstaltung wieder rückgängig machte, da diese allgemein politisch ausgerichtet sei. Da es für den Asta unmöglich war, noch am gleichen Tag die Bestellung des Filmes und des Referenten rückgängig zu machen und da in der Studentenschaft und auch von Seiten einiger Dozenten ein Interesse an der Veranstaltung bestand, schrieb der Asta noch am gleichen Tag einen Brief an Rektor Sagi, in dem er darlegte, daß der Schwerpunkt der Veranstaltung auf der Arbeit einer Bürgerinitiative liegt. Der Asta vertrat die Meinung, daß eine Darstellung der Arbeit gleich welcher Bürgerinitiative natürlich nicht von deren Inhalten und Zielen trennbar ist. Da die Schulleitung auf diesen Brief vom Asta nicht reagierte, wurde allgemein angenommen, daß die Veranstaltung stattfinden könne.

Am Abend standen dann über 50 Besucher der Veranstaltung vor einer verschlossenen Tür. Der Rektor, der sich noch im Hause befand, erklärte einem Asta-Vertreter gegenüber, die Veranstaltung sei verboten. Die Empörung der anwesenden Studenten war umso größer, da erst wenige Tage zuvor bekanntgeworden war, daß Rektor Sagi einen Arbeitskreis Kultur die Betätigung auf dem Gelände der Fachhochschule verboten hat. Begründet wurde dieses Verbot damit, daß der Arbeitskreis erklärt habe, daß es unmöglich sei, Kultur zu verstehen, daß diese nur hochschulpolitische Aspekte enthalte. Die Schulleitung vertritt jedoch die undemokratische Auffassung, daß Studenten, studentische Gruppen und der Asta keinerlei allgemein-politische Äußerungen auf dem Geländer der katholischen Fachhochschule verbreiten dürfen.

Konkret wurde beschlossen, zunächst den Raum für die selbe Veranstaltung erneut zu beantragen und das Thema „Arbeit einer Bürgerinitiative" am Beispiel Wyhl weiter zur Diskussion zu stellen.

WOLF BIERMANN IN WESTDEUTSCHLAND

BOCHUM 24. November — Bochumer Genossen haben ihre Eindrücke bei den Veranstaltungen mit WolfBiermann und bei seinem gemeinsamen Auftritt mit Walter Moßmann zusammengefaßt:

„Die Situation ist schon pervers: Da veranstalten die Bundesleitung der IG-Metall—Jugend und die „Initiative Freiheit der Meinung, Freiheit der Reise für Wolf Biermann" gemeinsam eine Biermann-Tournee; fordern also Rede- und Bewegungsfreiheit für einen Kommunisten, der für die selben Lieder, die ihn als unabhängigen, kritischen DDR-Geist ausweisen sollen, als Bundesbürger Aufführungsverbote und Schikanen aller Art erleiden würde (und wohl auch erleiden wird, wenn er wirklich in der Bundesrepublik bleiben muß und weiterhin politisch arbeitet). Man denkt da ja gleich an die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaftsführung, an die Schwierigkeiten, die nichtorganisierten Vertrauensleuten in Betrieben gerade von Gewerkschaftsseite gemacht werden, und es rieselt einem schon kalt den Rücken runter, wenn man weiß, daß die genannte „Initiative" von SPD-Kreisen der Bochumer Uni ins Leben gerufen und von so erlauchten Leuten wie dem Berliner Regierenden Bären-Führer Klaus Schütz unterstützt wurde.

Auch mit den Karten war das so eine Sache. Für die Kölner Sporthalle, wo Biermann am 13. November erstmals auftrat, kriegte man sie immerhin teilweise im Vorverkauf. In Bochum aber wurde lediglich eine dauernd besetzte Telefonnummer kolportiert; und wenn die Veranstalter es als üble Unterstellung werteten, sie hätten da nur ihre Leute reinschleusen wollen, so mochte man das bestimmt nicht mehr glauben, wenn man erlebte, wie die Veranstalter mit den „verehrten Damen und Herren, Kollegen und lieben Gästen" (so schick gehts da zu!) auf dem ersten Diskussionsabend im großen Hörsaal der Bochumer Uni am 17. November umsprangen!

Also, Biermann, mit dem eigentlich diskutiert werden sollte, war nicht gekommen, er war zu geschockt von seiner „Ausbürgerung". Da hatten die Veranstalter flugs eine scharf gehaltene Protest-Resolution bei der Hand, die zwar formal gegen die DDR-Regierung gerichtet war, inhaltlich aber vor allem das Ziel zu haben schien, SPD und Gewerkschaften zu radikalen Kämpfern gegen den Abbau freiheitlicher Rechte in Ost und West hochzumotzen. Das war den anwesenden, vielleicht 800 Teilnehmern (vom linientreuen Teil der Jusos abgesehen) nun nicht so ganz recht. Beifall bekamen vor allem der Uni-Assistentenvertreter, der ganz deutlich sagte: „Kein Protest gegen Biermann-Ausbürgerung ohne Protest gegen Berufsverbote und ihre Urheber hier ", sowie ein Flugblatt der ESG (Evangelische Studentengemeinde) Bochum, in dem es heißt: „Die DDR war für uns noch nie eine Alternative zu den hier bestehenden Zuständen. Der Rausschmiß von Biermann zeigt, daß die DDR auf manchen Gebieten sicher schon weiter fortgeschritten ist, als die BRD. Aber dies negative Beispiel kann uns nur dazu bringen, gegen ähnliche Entwicklungen hier bei uns noch besser vorzugehen."

Über diesen Sachverhalt wollte die Mehrheit der Anwesenden diskutieren und abstimmen. Was aber tat das werte Veranstalterkomitee? Es nahm die offenbar unvermeidlichen Redebeiträge unserer „maoistischen" Volksvertreter zum Anlaß, nicht nur die Diskussion abrupt zu schließen, sondern auch gar keine Abstimmung über den mit Sicherheit angenommenen Antrag zuzulassen, Repression in Ost und West zu verurteilen. Stattdessen machten sich die Damen und Herren auf zum Fackelzug, den die Jusos vor der Bonner DDR-Botschaft angekündigt hatten. Liebe Leute, so speiübel ist mir von dem „kleineren Übel" seit langem nicht geworden.

Aber nun zu dem ersten Biermann-Abend selbst. Ich war sehr aufgeregt, wie Biermann, der ja seit 12 Jahren nicht mehr öffentlich aufgetreten ist, und wohl noch nie vor 7.000 Leuten, mit der Situation fertigwerden würde. Und wir fanden eigentlich: sehr gut. Die IG Metall, die zu diesem ersten Abend nach Köln eingeladen hatte, hat er nach meiner Meinung ein bißchen geschont, aber sonst hat er wirklich keinem den Hampelmann gemacht, sondern von sich selbst geredet und gesungen. Und das mit kurzer Pause von sieben bis halb zwölf Uhr, was die „Radiothek", eine kritische Jugendsendung im 2. Hörfunkprogramm des WDR, live bis elf Uhr übertragen hat. Und mehr noch: bei der Übertragung hielten sie die Richtmikrofone in die Zuschauer rein, so daß in der Sendung auch die (leider teils dämlichen) Zwischenrufe gut zu verstehen waren. Also wirklich ein Stück Mediendemokratie!

Wenn Biermann von sich selbst geredet und gesungen hat, also eine Ein-Mann-Show (wenn auch vermutlich wider Willen) abzog, so liegt darin allerdings auch das Manko einer solchen Veranstaltung, wo den ganzen Abend nur einer „auftritt", dakann keine Solidarität aufkommen, da bleibt es bei subjektiven Äußerungen dieses einen, auf die man nur ebenso subjektiv reagieren kann, ohne was von gemeinsamem Kampf zu verspüren. Ich meine nicht, Biermann hätte Lieder singen sollen, die die Stimmung anheizten. Ich fand es vielmehr ganz gut, daß er das erst zum Schluß ein bißchen getan hat, denn wie kann einer hier bei uns die Stimmung anheizen, der dann nicht politisch weiterarbeiten kann! Aber da hätten eben andere Genossen, andere Gruppen einspringen und zeigen müssen: So oder so ist das hier bei uns. So war es einerseits etwas armselig, als am Ende ein paar Leute auf den Rängen die Internationale anzustimmen versuchten, andererseits aber ganz richtig.

Am 19. November in Bochum, in der mit 4.000 Leuten (vor allem Studenten) gefüllten Ruhrlandhalle klappte es dann mit der Internationale schon besser, sie wurde zum Abschluß in die „Zugaben" hinein von einer größeren Hälfte der Zuhörer gesungen, nachdem zuvor die Ein-Mann-Show Biermanns durch Diskussionsbeiträge und Ansätze zu einem Podiumsgespräch mit Günther Wallraff, Heinz Brandt, Rudi Dutschke, der Juso-Vorsitzenden Heide Wieczorek-Zeul und der Bochumer SPD-Ortsvorsitzenden umorganisiert worden war. So war der Bochumer Abend wesentlich spontaner als der Kölner, und den anwesenden SPD- und Gewerkschaftsgrößen wurde zum Thema „Repression in der BRD" unter dem Beifall des Publikums doch wesentlich mehr aufs Auge gedrückt als zuvor. Besonders Rudi Dutschke machte das sehr gut, obwohl uns der Heiligenschein, mit dem er von einigen Sponti-Linken umgeben wird, mittlerweile nicht so ganz behagt.

Mit der Veranstaltung „Wolf Biermann trifft Walter Mossmann" am 22. November im Ruhrfestspielhaus in Recklinghausen vor ca. 1.200 Leuten, davon eine Menge junger Gewerkschafler, war dann endlich der Eindruck einer Ein-Mann-Show geschwunden, und das war gut so. Denn Biermann, durch seine Trauer über die Ausbürgerung und den um ihn gemachten Rummel gleichermaßen gestreßt, war an diesem Abend in seinen Redebeiträgen nicht mehr so sorglich-dialektisch wie meistens vorher. So geriet ihm eine Lanze für den Recklinghäuser Oberbürgermeister und Bundestagsabgeordneten, der mit pelzumhüllter Ehefrau in der ersten Reihe saß, ziemlich daneben: „Wir müssen doch erst einmal prüfen, ob dieser Herr für § 88a, Berufsverbote usw. auch wirklich verantwortlich ist". Da schlug Walter Mossmann sogleich wütend in die richtige Kerbe: mit seiner neuen „Grußadresse an einen regierenden Sozialdemokraten, der Freiheit für Wolf Biermann fordert, ohne rot zu werden" (in diesem ID abgedruckt) und mit dem bilbischen Refrain „Mensch, du Heuchler, du dreimal getünchtes Grab, du hast uns grad noch gefehlt" machte er den cleveren Karriere-OB doch für einen Augenblick kalkweiß.

Überhaupt bot Mossmann das richtige Pendant zu Biermann: Was Biermann jeweils auf einer mehr allgemeinen oder für uns BRD-Bürger doch eher fernliegenden Ebene ansprach, wandte Mossmann sofort ins konkrete. Etwa, wenn er auf dessen Strophe: „Die Bürgerfreiheit, gerade die, die ist jetzt abgeschafft" mit seinem „Lied von der Gedankenfreiheit" antwortete, in dem gesagt wird: Gedankenfreiheit ist ein Luxus, den sich nur der leisten kann, der Geld hat, nicht zu fressen braucht, keine Angst haben muß, arbeitslos zu werden usw.. Da wurde allen denen, die (nicht zu Unrecht) auf dem „kleinenUnterschied" bezüglich des größeren Freiheitsraums in der BRD bestehen, sehr plastisch deutlich, wie viel an diesem „kleinen Unterschied" bloß ideell , wie wenig materiell ist.

Aufdie Bühnenrückwand des Recklinghausener Festspielhauses wurden während des Abends die Bilder der Sänger projiziert, und da wurden die Unterschiede zwischen beiden Liedermachern deutlich: Links der Einzelkünstler Biermann, der durch die erzwungene Isolation in Ostberlin viel Zeit hatte, an einem Repertoire zu feilen, das ihm auf den Leib zugeschnitten ist; rechts daneben vor dem Hintergrund einer demonstrierenden Bürgerinitiative, der Flugblattlied-Verteiler Mossmann, derzunehmend konkreter auch bei Auseinandersetzungen wie in Wyhl, Brokdorf oder Tübingen eingreift. Das ist keine Wertung, das deutet lediglich an, wie Leute, die in vielen (nicht in allen) Dingen politisch ähnlich denken, unter unterschiedlichen Bedingungen des politischen Kampfes zu ganz unterschiedlichen Ausdrucksformen kommen.

Die Recklinghausener Zuhörer haben das richtig erkannt, daß nämlich Mossmann ihnen für ihre politische Arbeit bestimmt ebenso viel geben kann, wie Biermann sie zum Nachdenken anregt, und es war deshalb nicht nur Höflichkeit, wenn sie Moßmann gleichberechtigt „feierten" — und damit hoffenlich vor allem sich selbst Mut machten, hier und jetzt politisch zu arbeiten.

Übrigens, habt ihr schon mal gesehen, wie das ist, wenn so ein Abend vom Fernsehen aufgenommen wird, wenn also plötzlich der Kameramann von vier Helfern auf einem Thron durch den Mittelgang zur Rampe geschoben wird, wo dann dieser Thron nochmal zwei Meter geliftet wird? Ich muß schon sagen: eindrucksvoll, dieser „Gott" Fernsehen!"

Geschichten von Wolf Biermann:
Aus einem Mitschnitt bei dem Recklinghäuser Konzert

EIN VOGEL IM SIBIRISCHEN FRÜHLING

Am ersten warmen Frühlingstag ist da eine Nachtigall, eine sibirische — oder ne Lerche, auf jeden Fall ne sibirische — und die freut sich, daß die Sonne zum ersten Mal wieder scheint; quibiliert, tschilp, tschilp, tschilp und fliegt immer höher, bis sie in die höheren Regionen kommt, wo es kalt ist, kommt in eine Kältezone, kriegt einen Schock, erstarrt zu einem Eisklumpen und — prchch fällt runter — liegt se unte n. Da kommt eine Kuh vorbei, eine sibirische natürlich und scheißt einen großen Haufen auf diesen eiserstarrten Vogel. Na das ist warm natürlich, das Eis schmilzt, er kommt wieder zu sich, guckt allmählich, freut sich, daß er noch am Leben ist und fängt an zu singen, tschilp, tschilp, tschilp,tschilip.

Kommt gerade ein Kater vorbei, ein sibirischer nicht wahr, und hört den Vogel piepen, geht hin zu dem Scheißhaufen, zieht den Vogel aus der Scheiße — und frißt ihn auf. Diese Geschichte hat vier Moralen.

Die erste Moral, für Kleinbürger: nicht zu hoch hinaus, es geht übel aus.

Die zweite Moral, die heißt: nicht jeder, der auf dich scheißt, ist dein Feind.

Die dritte Moral heißt: nicht jeder, der dich aus der Scheiße holt, ist dein Freund.

Aber die wichtigste Moral, die vierte, heißt: wenn du schon in der Scheiße sitzt, dann fang nicht gleich an zu singen.

Aber ich habe in den letzten Tagen gemerkt, daß ich doch nicht so tief in der Scheiße sitze, wie der sibirische Vogel, denn ich bin umgürtet von der Solidarität meiner lieben Freunde, meiner Genossen, Gleichgesinnten, Linken verschiedenster Art, zerstrittener Art, die sich jetzt nicht mehr ganz so leidenschaftlich streiten. Ich bin vor allen Dingen aber auch ermutigt durch die Solidarität der vielen Kommunisten, Arbeiter, Schriftsteller, Studenten in der DDR selbst — und deswegen singe ich jetzt weiter.

DER SOZIALISTISCHE GANG

ein neues Liedgedicht von Wolf Biermann, gewidmet den Arbeitern der IG Metall — „und wenn die anderen das auch brauchen können, ist es um so schöner" (Biermanns Zwischenbemerkungen während des folgenden Vortrags sind kleingedruckt wiedergegeben.)

„Ihr großen Helden macht Pause. Hört die Geschichte vom kleinen Mann Paul Kunkel, Klempner, DDR-Prolet, der seit 45 am Schraubstock steht,
im Klinikum Buch die Dreckarbeit macht
und dabei singt und flucht und lacht
der alte Narr hat sich eingereiht
in jene Zahl die zum Himmel schreit
die Bürger mit Antrag, ach wieviel mal zehn
tausend wollen alle nach Westen gehn
sie wollen vom glücklichsten Land der Welt
nach dorthin, wo die Krise bellt
hier (in der DDR) nimmt die Gerechtigkeit anderen Lauf
mit Staub von 30 Jahren drauf
Pauls dünne Kaderakte im Schrank
— und alles geht seinen sozialistischen Gang
(heut muß ich nicht mehr erklären, daß das ein geflügeltes Wort in der DDR ist, mal biererernst, mal ironisch gebraucht)

das geht, das geht, das geht
jetzt seinen sozialistischen Gang.

Die Kaderleiterin, schreckensbleich
der Klinikdirektor ruft mal gleich
im MFS an (Ministerium für Staatssicherheit, die berühmte Firma, die den Jürgen Fuchs heute festgenommen hat)
dann MFG (berühmte Firma, weil sie ein vorbildliches Gesundheitssystem in der DDR aufgebaut hat — man muß die Widersprüche sehen, man muß nicht so blindwütig wie ein Idiot durch die Welt laufen. Nein, das ist nicht die Eierei, mal so mal so, versteht ihr, sondern das ist: die gesellschaftlichen Zustände begreifen als Nichtzustände, sondern als einen Prozeß; etwas, das sich bewegt, das sehr kompliziert ist, was eben, wie wir in unserem Jargon sagen, widersprüchlich ist; nicht wahr. Jetzt fange ich hier schon an, Vorträge zu halten; also dieser Klinikdirektor, um den uns nicht alle Völker der Welt beneiden können, ruft im MFS an, dann MFG.)

und beide geben ihm ihr O.K.
Wo leben wir denn, das hat keinen Zweck
der Mensch muß raus, der Mensch muß weg
der BGLer (Betriebsgewerkschaftsleiter, hauptamtlicher Funktionsträger)
kommt gerade rein
unterschreibt den fristlosen Kündigungsschein
aus seiner Mördergrube macht er hier beim Chef kein Herz
(ja, das steht hier so)
er lacht und stöhnt, wer hätte das gedacht
daß Kunkel gemeinsame Sache macht
mit den Faschisten in Bonn, mit Strauß
Genosse Direktor, der Mensch muß raus
wir sind hier im Krankenhaus doch nicht krank
das geht jetzt alles seinen sozialistischen Gang

das geht, das geht, das geht
jetzt seinen sozialistischen Gang

Der BGLer trommelt dann
mal kurz die BGL zusammen
„Kollegen, klar, ihr alle wißt
daß K. ein Fall geworden ist

für unsere Organe, ihr wißt auch warum
mit 50 Jahren noch so frech, so dumm
nach drüben will er zum Klassenfeind
klar, daß ihm keiner ne Träne nachweint
wir werden auch nicht, uns selbst zum Hohn
den Mann hier halten mit gutem Lohn
ich war schon eben zum Chef hoch und
hab unterschrieben, der Kündigungsgrund:
Herr Kunkel ist nicht mehr tragbar hier
in unserer Klinik,ich meine wir
wir haben die Macht hier, Gott sei Dank
geht alles seinen sozialistischen Gang

das geht, das geht, das geht
jetzt seinen sozialistischen Gang

Doch eine Kollegin in der BGL
steht auf und sagt „warum so schnell
und überhaupt Paul Kunkel war
ein Arbeitstier seit 30 Jahr
und, für die Kinder, wie du weißt
hat er das Karussel geschweißt
und dann noch steht ja gar nicht fest
Ob man den Paule Kunkel läßt
Ich, nur als Mensch, stimm da nicht zu
und unterschreiben dürftest du
erst wenn wir einverstanden sind
es gibt Gesetze und ich find
das is überhaupt en Ding
und schon ein Fall für die Konflikkommission
das darf nicht auf die lange Bank
dann geht das seinen sozialistischen Gang

Das geht, das geht, das geht
jetzt seinen sozialistischen Gang

Der Specker starrt die Kollegin an
und knirscht mit seinem Kuchenzahn
„Na gut, na schön, ich ahnte nicht
daß hier noch einer für den spricht"
und zur Kollegin knurrt er kalt
„so wirst du hier bei mir nicht alt
in unserer BGL so nicht
wer nicht knallhart mit Kunkel bricht
wird spüren, wer in unserm Staat
die Macht hat" – und da trat
jene berühmte Stille ein
in der die Leut nach innen schrein
„Abstimmung, Hand hoch gegen Paul"
der Bonze steht mit offnem Maul
nicht ein Kollege hebt die Hand
– nun geht es seinen sozialistischen Gang

Nun geht, nun geht, nun geht
das seinen sozialistischen Gang

In der Gewerkschaft geht es rund
sie reden sich die Zungen wund
„Kollegen, Kunkel, das ist klar
daß der ein Feind ist. Ist und war
er will aus dem Staat, der gedeiht
und wie du keinen bessern findst
der sich dem Wohl des Volkes ... WEIHT
nach drüben will er wo sie grinst,
die Krise, wer nach drüben will
nachdem er dreißig Jahre still
genossen hat das Glück
und will nun in den Sumpf zurück
den lassen wir, wie sag ichs bloß
noch nicht auf unsre Kranken los
nun stimmt schon zu und macht halblang
dann geht das seinen sozialistischen Gang

dann geht, dann geht, dann geht
das seinen sozialistischen Gang

Es bleibt dabei, sie sagen nein
und alles Drohen alles Schrein
der Leitungskader macht ja nur
aus Angst die Leute doppelt stur
nichts hilft, entlassen werden kann
ohne Gewerkschaft hier kein Mann
sonst geht am Ende Kunkel Paul
noch vor Gericht und nimmt sich Kaul
als Anwalt. Lenin lehrt zum Glück
zwei Schritte vor, vier Schritte zurück
wenn es nicht möglich ist, den K. zu feuern
bleibt am Ende ja die Ausweisung nach Westen, so
zum letzten End sind alle froh
und sind ihn los, diesen Gestank
– dann geht das seinen sozialistischen Gang

das geht, das geht, das geht
jetzt seinen sozialistischen Gang

Der Brief an Kunkel kommt sehr bald
„zur Klärung eines Sachverhalts"
wird er geladen und er geht
ins MDI (Ministerium des Innern, die mir das Visum ausgestellt haben)
und vor ihm steht, im vollen Wichs ein Offizier
der sagt: sie unterschreiben hier
daß sie freiwillig rübergehn
Paul Kunkel bleibt die Pumpe stehn
er stammelt: „Ja, ich meine nein,
wie soll das noch mein Wille sein
wie kann ich jetzt noch rübergehn
wo hinter mir die Kumpels stehn
ich meine hier auf Arbeit die
Kollegen, nein, nein, lassen sie
ich bin auch lieber mittenmang
jetzt gehts ja seinen sozialistischen Gang

Jetzt geht, jetzt geht, jetzt geht
das seinen sozialistischen Gang."

GRUSSADRESSE -
an einen regierenden Sozialdemokraten, der ‚Freiheit für Wolf Biermann' fordert – ohne rot zu werden.

1.
O wie ich deinen Freiheitsdurst begrüße
Und deine Sehnsucht nach Demokratie!
Erlaube, daß ich dir die Füße küsse –
So Männer-Mut, wie du hast, hab ich nie.
Du weinst um jeden Biermann, der – im Osten
Das Maul verboten kriegt und auch verhaun.
Ein freies Wort kann dort den Posten kosten,
Wir sehn dich kummervoll nach Osten schaun ...

Und was ist auf der anderen Seite,
Wo du Bonze und an der Macht bist?
Ist die Demokratie nicht schon pleite,
Seit der Maulkorb für uns gemacht ist?

War das nicht grad deine Erfindung
Diese Waffe ‚Berufsverbot'?
Ist dein Mund nicht eine Mündung,
Die im Westen den Biermännern droht?

Mensch, du Heuchler!
Du dreimal getünchtes Grab,
Du hast uns grad noch gefehlt ...

2.
Du sagt ‚in tiefer Sorge', daß dort drüben
Der Sozialismus schwer ‚besudelt' wird –
Das trifft dich hart, weil deinesgleichen hüben
Dasselbe schöne Wort im Wappen führt.

Du zeigst uns leidenschaftlich, wo dein Herz schlägt
Nicht in der Hose etwa, oder rechts,
Und wenn auch deinesgleichen Frack und Nerz trägt –
Gott weiß, daß ihr nach Sozialismus lechzt!

Bloß – warum soll ein Mensch das glauben?
Im Betrieb geht die Ausbeutung weiter,
Jeder Spekulant darf uns berauben
Im Schutz deiner Spanischen Reiter.

Ja, der Fortschritt aus deinem Mund
Ist der Fortschritt der Geldvermehrung.
Davon kriegst du dann, du falscher Hund
Deinen Anteil in westlicher Währeng.

Mensch, du Heuchler!
Du dreimal getünchtes Grab,
Du hast uns grad noch gefehlt ...

3.
Du Bürokrat nennst andre ‚bürokratisch'
Und neidest andern Mächtigen die Macht.
Du nennst den Sozialismus ‚demokratisch',
Wenn hinter deinem Stuhl ein Noske lacht.

Du trommelst voll Empörung an die Mauer
Und nennst das mutig eine ‚Schweinerei'...
Wie recht du hast! Denn diese Mauer-Bauer
Mein ich auch nicht als bessere Partei.

Doch es gibt eine Grenze h i e r ,Mann!
Die trennt das Oben und Unten,
Da haben wir uns mit Biermann
L i n k s U n t e n gefunden.

Aber du kriechst dem Kapitalismus
In den goldenen glänzenden Arsch rein,
Und das soll dann zum Sozialismus
Der kürzere Lange Marsch sein?

Mensch, du Heuchler!
Du dreimal getünchtes Grab,
Du hast uns grad noch gefehlt ...

Walter Moßmann *22. November 1976*

FREIE REISE FÜR ERNEST MANDEL

KASSEL 24. November Noch vor Biermanns Ausbürgerung begann ein Komitee Unterschriften für „Freie Reise für Ernest Mandel" zu sammeln. Unterzeichner sind neben vielen anderen Ernst Bloch, Heinz Brandt, Ingeborg Drewitz und Jürgen Seifert, dazu sieben ASten und der Bundesvorstand der Jusos. Die Resolution im Wortlaut:

„Die Initiative„Freiheit der Meinung, Freiheit der Reise für Wolf Biermann, Wolf Biermann nach Bochum" hatte Erfolg. Der in Ostberlin lebende Sänger Wolf Biermann darf im November vorübergehend aus der DDR ausreisen und in der BRD auftreten. Wir begrüßen ausdrücklich diese Entwicklung. Wir freuen uns ebenfalls, daß der überzeugte Sozialist Wolf Biermann in der BRD frei und ungehindert auftreten darf; dies ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr in einem Land mit Berufsverboten, Einreiseverboten, Verteidigerausschlüssen.

Seit 1972 darf deshalb der deutsch-belgisch-jüdische Marxist Ernest Mandel, der 1933 Deutschland gezwungenermaßen verlassen mußte, nicht in die Bundesrepublik einreisen; dieses Einreiseverbot ist bis heute nicht aufgehoben worden.

Wir meinen: die Solidarität gegen Unterdrückung und Repression ist unteilbar! Wer das Reiseverbot der DDR im Fall Wolf Biermann kritisiert hat, muß auch das Einreisebervot der Bundesregierung gegen Ernest Mandel anprangern. Jeder Gewerkschafter, Sozialist und konsequenter Demokrat muß diese Maßnahmen verurteilen als Vergewaltigung des grundlegenden Rechts aller Menschen auf Freiheit der politischen Meinung, des Berufs und der Reise (Freizügigkeit). In bürokratischer Willkür werden hier Rechte mit Füßen getreten, für die die politisch und ökonomisch Unterdrückten seit Jahrhunderten kämpfen und die für eine Verwirklichung der Menschenrechte unabdingbar sind.

Die Unterzeichner rufen alle, die unabhängig von ihrer politischen Meinung für die Ziele der Freiheit und Demokratie eintreten, und vor allem die großen Arbeiterorganisationen zur Solidarität mit Ernest Mandel und zu einer Kampagne auf, die sein Auftreten zusammen mit Wolf Biermann in Kassel ermöglicht.

Niemand kann glaubwürdig die Verhältnisse in der DDR verurteilen, wenn er nicht gleichzeitig die Praxis der Berufsverbote, sowie die Beschneidung der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik schärfstens kritisiert.

Diese Aussage gewinnt ihre Präzision in dem Maße, wie jeweils die politische Unterdrückung in dem einen Teil Deutschlands als Alibi für die Unterdrückung in dem anderen Teil dient."

PETER-PAUL ZAHL: OFFENER BRIEF AN POSSER

KÖLN 22. November „Offener Brief an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. D. Posser. Herr Minister,

wenn ich Ihnen hier schreibe, muß ich zunächst etwas klarstellen: ich wende mich nicht an Sie, weil ich Sie um etwas bitten möchte; ich schreibe Ihnen, um Sie darauf hinzuweisen, daß bestimmte Personen, die Ihnen unterstellt sind, sich verschworen haben, meine – auch für Strafgefangene – festgelegten Rechte zu verletzen und mich als politischen Häftling in der JVA Köln-Ossendorf gefangenhalten, in einem Gefängnis also, das von der nordrhein-westfälischen Strafvollzugsbehörde verwaltet wird, einer staatlichen Behörde, die Ihrer Kontrolle untersteht. Sie als den höchsten Beamten der Justiz im Lande NRW dürfte es, meine ich, interessieren, was die Leute getan haben und tun, die Sie in die Leitung einer „Justizvollzugsanstalt" beriefen. Aber gleichgültig, ob Sie nun darüber informiert sein möchten oder nicht – als ranghöchster Beamter haben Sie die Pflicht, darauf zu achten, daß die Ihnen unterstellten Organe ihre Aufgabe so erfüllen, daß die Rechte keines Bürgers ..... verletzt werden. Ich werde Sie von flagranten und empörenden Verletzungen meiner Rechte in Kenntnis setzen. Deshalb schreibe ich Ihnen diesen Brief und hoffe, daß Sie ihn in diesem Sinne aufnehmen, der Angelegenheit nachgehen und dann handeln oder nicht handeln, je nachdem, ob Vernunft und Gewissen es Ihnen gebieten und Ihre Berater es Ihnen nahelegen."

(Dieser Briefanfang kommt Ihnen bekannt vor? Kein Wunder: ich übernahm ihn von Eldridge Cleaver, der ihn in dieser Form an Gouverneur Ronald Reagan – im Mai 1968 in Kalifornien – schrieb. Ich werde Ihnen im folgenden beweisen, daß der „Nigger" in diesem Lande unsereins ist.)

Ich bin politischer Häftling, und eine Untersuchung der Umstände, die zu meiner Illegalisierung, Verhaftung und Verurteilung führten, wird Ihnen und jedem anderen deutlich machen, daß es daran keinen Zweifel gibt. Material zu dieser Untersuchung liefert die kürzlich in Frankfurt erschienene Dokumentation „Am Beispiel Peter-Paul Zahl."

Ich weiß, daß ich damit einen peinlichen Anspruch geltend mache – Sie und Ihresgleichen leugnen immer wieder in den schrillsten Tönen, daß es politische Häftlinge in dieser Republik gäbe. Obwohl Sie und Ihre Behörden einem bestimmten Personenkreis – und alle, die Sie mehr oder weniger dazurechnen – exakt jene Behandlung angedeihen lassen, die nur und ausschließlich und nahezu überall politischen Häftlingen zukommt.

Politischer Gefangener, sagten Sie des öfteren, sei ein „Ehrenname". Vermutlich, weil Sie das, was Sie treiben, für „Politik" halten. Wir dagegen halten diese Tätigkeit für jene, die Tierchen in einem Laufkäfig betreiben, der pausenlos Energie für die Vernichtuntung von Mensch und Natur liefert. Zumal in Ihrem Ressort, das nur die Aufgabe hat, Delinquenten zu produzieren.

Ich bin ein politischer Häftling und rede hier nicht über meine Verurteilungen. Nur so viel: in der zweiten Verhandlung, im Februar/März diesen Jahres, gelang es der Staatsanwaltschaft, auf die vier Jahre in erster Instanz elf Jahre Gesinnungszuschlag durchzusetzen.

Ich saß 3 3/4 Jahre in Untersuchungshaft. Davon acht Monate – und zwischendurch immer wieder einige Tage – in Isolation. Diese wird in der Sprache der Behörden – wobei sie sich des „Wörterbuch des Unmenschen" bedienen – strenge Einzelhaft genannt. Ich nenne sie aus eigener Erfahrung und bewußt: Folter.

Durch zwei Hungerstreiks – selbständig, wohlgemerkt – gelang es mir, aus der Isolation herauszukommen. Ich kam nur heraus, weil zum Ablauf des zweiten, der 47 Tage dauerte, kein Arzt in der JVA Köln-Ossendorf vorhanden war.

Drei Jahre also in „Normalvollzug" für U-Häftlinge – mit all jenen Einschränkungen, die ein terroristischer Vollzugsapparat anzuwenden beliebt, wenn die oder der Inhaftierte „links", gar „linksradikal" ist.

Die erste Amtshandlung des freiheitlich-demokratischen Vollzugs nach Rechtskräftigwerden des Urteils bestand darin, mir Schreibmaschine (Tatwaffe politischer Schriftsteller) und alle Manuskripte, von Verteidigerakten bis zu Roman-Entwürfen, von Briefen über Gedichte bis hin zu Essays, fort- und „Zur Habe des Gefangenen" zu nehmen.

Es bedurfte eines kurzen Hunger- und der Ankündigung eines Durststreikes, eines Antrages (oh St. Kafka !) und einiger telefonischer und brieflicher Interventionen durch Kollegen, Freunde, Schriftstellerverband und des PEN-Clubs Deutschland, sowie der Niederlande, nahezu alles zurückzuerhalten.

Die zweite Amtshandlung des freiheitlich-demokratisch genannten Vollzugs bestand darin, mich nach fast 4 Jahren Untersuchungshaft erneut in Isolationshaft zu überführen: in die Zelle 102 des ausschließlich für „Transporter" bestimmten Hauses 1 der JVA Köln. Damit ich, so die Anstaltsleitung „nicht ganz allein" sei, suchte sie zwei (2) Gefangene aus, die mich auf dem „Hofgang" begleiten und abends wahrhaftig 3 Stunden in einer Sichtzelle (1 Tisch, 3 Stühle, 1Klo, 1 Aschenbecher) Skat mit mir spielen dürfen. Davon kam gestern ein Gefangener noch fort, so daß wir nun zwei Gefangene sind. Die dritte Amtshandlung — und diese dauert mit ungeheurer Häme und Willkür an — besteht darin, pausenlos Briefe, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher „von der Beförderung auszuschließen und zur Habe des Gefangenen zu nehmen". Also Zensur in ihrer widerlichsten, antidemokratischsten, willkürlichsten Form. Ich lege eine Liste der bislang — in einem Monat 34 — kassierten Sachen anbei. Die Begründungen der Anhalteverfügungen sprechen für sich, sie beweisen, daß die — postzensierende — Anstaltsleitung auf Gesetz und Grundrechte hustet.

Am Donnerstag, dem 21.10.1976 war der Ltd. Reg. Dir. Bücker in meiner Zelle. Ich tat ihm die Ehre an, ihn einen Kommandanten genannt zu haben, in Wirklichkeit ist er ein strohblonder Pudding, der — und nehmen Sie dies wörtlich — seinen Opfern nicht einmal in die Augen zu schauen fertig bringt. Ich hoffte auf eine kleine Beleidigungsklage, nannte ihn einen „Faschisten" und „KZ-Kommandanten". Er rührte keine Wimper. Man kann einen Faschisten nicht beleidigen, indem man ihn einen Faschisten nennt. Auf höchstrichterliche Urteile — 2 BvR 41/71 in NJW 72,811 ff — hingewiesen sagte er:„Wir bestimmen, was ‚Sicherheit und Ordnung' sind", und mit jener Blauäugigkeit, die aus dem Glaskasten im Jerusalemer Gerichtshof bekannt ist:„Ich bin nur ein Beamter, der seine Befehle ausführt". Ein Leitender Regierungsdirektor, Herr über Leben und Tod von 1100 Gefangenen und 350 Beamten in der JVA Köln...!

„Beleidigt" war dieser verfassungsfeindliche Protoplasmahaufen namens Georg Bücker erst, als ich ihn „ein Würstchen" hieß, das sich wohl kaum über Grundsatzurteile des Bundesverfassungsgerichts hinwegsetzen könne. Er kann. Und ist beleidigt, nennt man ihn ein „Würstchen", ist nicht beleidigt, nennt man ihn „KZ-Kommandanten". Dieser 190 cm hohe Pudding gefährdet die „Sicherheit und Ordnung in der Anstalt" in einem Maße, als wäre seinesgleichen mit exakt dieser Demokratiefeindlichkeit nicht in Butzbach herumgelaufen oder hätte in Bonn ein Auge zuviel besessen.

Kürzlich las ich das neue Strafvollzugsgesetz. Es stehen schöne Worte darin. Danach las ich die von Ihnen im August 1972 herausgegebene Festschrift „1966 — 1972. Moderne Justizpolitik in Nordrhein-Westfalen". Ich war beeindruckt, wirklich. Nur scheint mir, ich sitze hier nicht in Köln in NRW — sondern in einem Feudalstaat der dritten Welt.

Sie schrieben — oder ließen schreiben —:„Tütenkleben gibt es nicht mehr." Das ist gelogen. Weil ich am Anfang meiner Strafhaft exakt diese „resozialisierende Tätigkeit" ablehnte und dafür eine andere verlangte, die gemäß „Dienst- und Vollzugsordnung" — „den Fähigkeiten des Gefangenen entspricht", drohte der Beamte Dahlmann (Arbeitsinspektor) mit einer Hausstrafe. Der Zusatzeinkauf wurde gesperrt!

In Ihrem"Modell Deutschland", Herr Minister, in der JVA Köln Ossendorf werden mir vorsätzlich
— menschliche Kontakte entzogen, was Folter ist, Isolationshaft, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Gesundheit;
— Informationen entzogen, Meinungen unterdrückt !
— Arbeitsbedingungen für einen politischen Schriftsteller verweigert.

In dieser JVA, wahrlich „Modell Deutschland", wird nicht nur gegen Artikel 5 des Grundgesetzes verstoßen; hier wird, und nicht nur mir, der Beruf verboten, mir das Maul gestopft, hier wird versucht, meine Identität total und brutal zu zerstören.

„Ich teile Deine Meinungen nicht; aber daß Du Deine äußern kannst, dafür ginge ich notfalls auf die Barrikaden", schrieb einst der Zeitgenosse des Alten Fritzen, Voltaire. Aber die Zeiten sind vorbei. Der Kerl schrieb ja Sachen „mit tendenziösem Inhalt" (Zitat Bücker und Diepholder, JVA-Kommandanten), der stand ja nicht — mit allen Vieren, wenns geht — auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung". So was wird ausgerottet, ausgehungert, kaputtgemacht, „resozialisiert" für dieses Modell Deutschland".

Wer, Herr Minister, ist verantwortlich darür, daß meine Besuche — eine Viertelstunde im Monat ! — vom Staatsschutz überwacht werden? Wer dafür, daß meine Familie der Sippenhaftung zum Opfer fällt und „observiert wird", wie selbst der LKA-Chef NRW, Hamacher, meiner Mutter brieflich gestand? Wer dafür, daß meine Verlobte nach einem Besuch hier in einer Autobahnraststätte überfallen, geschlagen und in das Polizeipräsidium Remscheid verschleppt wird? Wer ordnete an, meine Verteidigerpost zu öffnen und dann mit großer Verzögerung — bis zu 9 Tagen — zu befördern? Wer, Herr Minister, verleiht den faschistischen Protoplasmahaufen Bücker und Diepholder das „Rückgrat", das nötig ist, Isolationsfolter — Entzug von menschlichen Kontakten und Sinneswahrnehmungen — und Nazi-Zensur —Entzug von Informationen „tendenziösen Inhalts", von kritischen, also linken Zeitungen — anzuordnen? Wer, Herr Minister, ist bei dieser Folter federführend?

Vor Urzeiten — und das ist wirklich sehr lange her — verteidigten Sie einmal Kommunisten vor Staatsschutzkammern. Sie teilten deren Ansichten nicht, aber sie verteidigten sie und versuchten, ihre Rechte zu wahren. Heute gälten Sie damit als „Terroranwalt" ...

Es ist nicht linke Literatur, die „Sicherheit und Ordnung" gefährdet (schön wär's ja). Nur Neandertaler, Hexenjäger, Nazi-Zensoren und Analphabeten in höchsten Rängen trauen linker Literatur und Journalistik noch eine „magische Wirkung" zu. Sicherheit und Ordnung werden durch die „gefährdet", die, auf diese Gummibegriffe gestützt, verwalten und töten. Es war das Auftreten der Herren Künkeler (Butzbach) und Breitkreuz (Bonn), die ihnen selbst dann Leben oder Gesundheit kosteten. Es ist die ‚Banalität des Bösen" (Hannah Arendt), die den Kolonisierten, den Nigger, das Viech, den Gefangenen zu Messer oder Pistolen greifen läßt, Menschlichkeit zu fordern und zu behaupten.

Haben Sie mir überhaupt zugehört, Herr Dr. D. Posser? Oder hat Sie die Macht schon völlig im Griff, das „gefährlichste aller Gifte"? Wollen auch Sie sich mit Unkenntnis herausreden? Mit der Allmacht des Apparates, der seine höchsten Funktionsträger geflissentlich im Unklaren darüber läßt, was geschieht — und wie dies dann geschieht?

Ich habe in Köln-Ossendorf erleben müssen, wie 23 (dreiundzwanzig) Beamte über einen Bruder aus Ghana herfielen; wie wimmernde und nach ihrer Mutter weinende Heroinabhängige auf dem Entzug nicht behandelt, sondern in die B(eruhigungs-)Zelle geschleppt wurden; wie bei Einsätzen des Rollkommandos (z.B. die speziell ausgebildeten Beamten Mies, Beuel, Nowarra, Geib, Jungwirth, Müller und Westermann) die Gänge geräumt und alle Gefangenen unter Verschluß gebracht wurden — um dann nur noch Schläge, Schreien und Weinen zu hören; ich habe erleben müssen, wie im Hafthaus 3 ein Tunesier mit der Pistole bedroht, wie in Haus 10 ein Kongolese mit Slogans aus Auschwitz beleidigt wurde; wie ein Gefangener mit Tumor seine Untersuchung mit Hunger- und Durststreik durchzusetzen gezwungen war; daß im Sommer 1973 für 1100 der „besonderen Fürsorgepflicht unterstellte" Gefangene kein Arzt vorhanden (eine Vertretung mußte zu den Visiten aus Rheinbach kommen); wie ein TBC-Kranker seine lebensnotwendige Zusatznahrung mit einem Hungerstreik durchsetzen

mußte; wie ein Gefangener siebenundzwanzig Mal (27x) Beamte ansprechen mußte, um zum Arzt gebracht zu werden – um schmerzstillende Spritzen gegen eine Trigeminus-Neuralgie zu erhalten; wie „Selbst"-mordversuche nicht behandelt – sondern bestraft wurden; mit welchem Zynismus „Schluckern" und „Schnibblern" begegnet wird; daß Dutzende, ja Hunderte von Gefangenen mir erklärten, daß diese miese Qualität und unzureichende Menge des hier verabreichten „Essens" wohl nur mit Unterschlagungen und Durchstechereien der Anstaltsleitung zu erklären seien; wie gegenüber der Öffentlichkeit gelogen wird und wurde: im Falle der Isolationshaft, im Falle der vor kurzem hier aufgetretenen Epidemie (wo die Quarantäne zuerst gar nicht, dann zu spät und zudem unzureichend verhängt wurde; wo nicht desinfiziert wurde – nicht „behandelt"). Ich habe in den nun fast 4 Jahren Lager Ossendorf anständige Beamte erlebt – aber nur ganz „unten"; reformwillige Beamte, die dann an der Außenmauer mit Karabiner patroullieren durften; habe viele Beamte gesprochen, die von Ihren Reformreden – Herr Minister – angeregt waren, in den Vollzug zu gehen, um da dann den praktizierten Zynismus, die in die Tat umgesetzte Menschenfeindlichkeit, den täglichen Faschismus der Herren Bücker, Diepholder, Spiecker und Loth zu erleben.

Mit der JVA Köln-Ossendorf, dem Schließfachvollzug in Häusern, die Legebatterien, „Hühner-KZ's" (Prof. Dr. Grzimek) gleichen, kann eine vernünftige Menschheit nur eines machen: abreißen, dem Erdboden gleichmachen.

Mit der demokratiefeindlichen, sadistischen Anstaltsleitung kann man nur eines machen: sie in die Wüste schicken.

Stattdessen wird der tägliche Mord an der Menschenwürde hier nur gegenüber der Öffentlichkeit „abgeschottet", wird geleugnet, daß es die Isolationsfolter gibt; werden Beamte wie Bücker und Diepholder, denen „Verfehlungen" nur zu einfach nachzuweisen wären, wenn es hochkommt, weg-diszipliniert, hoch-diszipliniert, beispielsweise versetzt – in das Justizvollzugsamt, das eigentlich dazu bestimmt, Verbrechen, Vergehen und Durchstechereien zu verhindern....

Ossendorf ist der Beweis: das 3. Reich dauert an.
Ich beantrage, mir die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen, mich in ein asylgewährendes Land abzuschieben, mich auszubürgern. Ich schäme mich, Deutscher zu sein. Ich schäme mich, bei Verbrechen zuschauen zu müssen ohne eingreifen, meinen Schwestern und Brüdern nicht helfen zu können.

Wir hatten einmal angenommen, daß nach Eichmanns Aussagen im Glaskasten zu Jerusalem Ausreden wie „Ich bin nur ein Beamter und führe meine Befehle aus" unmöglich sein würden, nie mehr gebraucht werden könnten. Wir irrten uns. Dachau und die Mentalität seiner Kommandantur dauern an; Terror, Lüge, Zynismus regieren immer noch. Hier, in Köln-Ossendorf, heute, 1976.

Sind Sie nicht bereit, mich auszubürgern und auszuweisen, beantrage ich hilfsweise, daß Dienst- und Vollzugsordnung und Strafvollzugsgesetz auch auf Leute wie mich angewendet werden:

- Verlegung in den Knast meiner Heimatstadt, Westberlin, weil nur diese den im Gesetz festgelegten „Vollzugszielen" dienlich;
- Aufhebung der Isolationsfolter, Eingliederung in den „Normalvollzug" für Strafgefangene;
- Arbeit und Selbstbeschäftigung, die „den Fähigkeiten des Gefangenen entsprechen"; damit verbunden die Erlaubnis, die lebensnotwendige Zusatznahrung vom eigenen Geld kaufen zu können;
- Meinungs- und Informationsfreiheit, also jenes Recht, mich, wie jeder Bürger dieses Landes, aus „allgemein zugänglichen Quellen informieren zu können, mithin auch jenen, die für einen wirklich freiheitlichen Sozialismus eintreten („Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden", Rosa Luxemburg ...);
- Besuchsdauer und -möglichkeiten, wie im Gesetz vorgesehen und üblich ohne ständige Bedrohung und Bespitzelung durch die „Herren des Morgengrauens";
- Aufhebung von Maßnahmen im Zuge der Sippenhaftung gegen Verwandte, Verlobte, Freunde und Bekannte;
- Schluß mit Schikanen, erniedrigender Behandlung, ständiger Verletzung von in Menschenrechten (MRK), Grundgesetz und Vollzugsgesetz festgelegten Mindestgrundsätzen!

Zur Durchsetzung meiner Forderungen – die Selbstverständlichkeiten betreffen – setze ich meinen am 11. 10. angefangenen und zur Zeit wegen einer Operation lediglich unterbrochenen unbefristeten Hungerstreik fort. Nicht, um „Selbstmord" zu suchen – ich bin politischer Schriftsteller, nicht „fanatischer" Narr. Sondern, um, wie alle Menschen, die nichts besitzen außer ihrem Leib, ihrer Arbeitskraft und der Solidarität, mich zu wehren. Um Menschlichkeit zu fordern und zu behaupten.

Sie sind frei in Ihren Entscheidungen: die stille und wirksame Hinrichtung eines „Dissidenten", eines revolutionären Poeten, hat in diesem Lande eine große und unrühmliche Tradition. Sie bringt Ihnen vielleicht bei den nächsten Landtagswahlen einige Stimmen, am linken Niederrhein, ein. Großindustrie und CDU – der andere Flügel der Kapitalistischen Einheitspartei Deutschlands (KED) – haben die SPD schon so weit nach rechts getrieben, daß es Sie keine große Mühe kosten wird, sie zu betreiben und propagandistisch auszuschlachten. Nichts spräche dafür, mich anders zu behandeln als Schubarth und Landauer, Mühsam und von Ossietzky, Rosa Luxemburg und Ulrike Meinhof, Philipp Müller und Benno Ohnesorg, anders als einen „Juden ... Bolschewisten ... Anarchisten ... Terroristen ... ein APO-Tier" (richtigen Begriff bitte unterstreichen).

Aber Sie haben auch die Freiheit, ein Quentchen von dem wieder zu erlangen, wovon sehr viel ein ehemaliger Kollege von Ihnen erst nach seinem Rücktritt vom Amt, der Regierende Bürgermeister und jetzige Pastor, Heinrich Albertz zurückeroberte: Empfindung für Menschenwürde, Anstand, Gerechtigkeit.

Aber haben Sie noch die Wahl? Oder sind auch Sie nur „ein Beamter, der seine Befehle ausführt"?

Dann täten Sie mir noch mehr leid.

Freiheit und Glück!

P.P.Zahl, Strafgefangener im „Modell Deutschland"

LETZTE MELDUNG – AM 25.NOVEMBER WURDE P.P.ZAHL VERLEGT – SEINE NEUE ADRESSE: LANGENWIEDERWEG 46, 4760 WERL, POSTFACH 301

P.P.ZAHL-LIED

Nach vielen Gedichten von P.P.Zahl diesmal ein Lied *über* ihn; vom Bernhard aus Freiburg:

Ausweiskontrolle.
Peter Paul Zahl entzieht sich der Polizei.
Na, sagst du, und? Sowas hat seinen Grund:
der Kerl war nicht einwandfrei.
Oja, der Kerl war nicht einwandfrei,
die Einwände standen in jeder Kartei,
da stand: Hetzerei
und Aufrührerei
und da stand der Vermerk
GEFÄHRLICH dabei.
O nein, der hatte kein ruhiges Gewissen,
der hatte kein sanftes Ruhekissen.
Denn der wußte, der wußte und weiß auch genau:
Einen wie mich
machn die so
oder so
zur Sau.

Dann Schießerei.
Peter Paul Zahl schießt sich mit der Polizei.
Ja, sagst du, ich weiß, aber der Scheiß
ist: du findest da gar nix bei!
O doch, ich finde da alles dabei,
den Schuß und den Schrei, den Schmerz und das Blei,
ich seh den Poli-
zisten fallen
und sehe Peter
aufs Pflaster knallen.
Oja, ich weiß, der Schuß war Unfug
doch in Panik bleibt keiner kühl und klug.
Denn ich weiß eben auch: der wußte genau:
Einen wie mich
machn die so
oder so
zur Sau.

Dann die Verhaftung.
Peter Paul Zahl fällt in die Hände der Polizei.
Die packen ihn am zerschossenen Arm
und haun ihm die Nase zu Brei.
Oja, das stand schon in der Kartei:
den jagt, den fangt, der ist vogelfrei,
ein verdammter
Anarchist und Hetzer
ein Schreiber und
beileibe kein Schwätzer.
Ein potentieller Mörder und Schütze
(eine Hundeblume in der Regenpfütze!)
Doch nehmt euch in Acht, denn der weiß genau:
Einen wie mich
machn die so
oder so
zur Sau.

Gerichtsverhandlung.
Peter Paul Zahl ist von vornherein zweierlei:
ein Gangster und ein Terrorist,
bei sowas gehts nicht um Gedeih,
da gehts um Verderb beim ersten Wort,
da gehts um versuchten Bullenmord,
da heißt es: der
ist nicht nur gerannt,
der hat beim Rennen
den Mord geplant.
Der Richter verweist offen auf die Kartei.
Ihr wißt, was da stand, und es blieb auch dabei.
Ich sag euch, der wußte schon immer genau:
Einen wie mich
machn die so
oder so
zur Sau.

Urteilsverkündung.
Peter Paul Zahl kriegt 15 Jahre Knast.
Der Richter sagt: dem Zahl sei der Staat
ein Feind, was ja auch paßt.
Man müsse deshalb an ihm statuiern
ein Exempel, daß seine Genossen kapiern,
worum es geht,
und es geht darum:
halt bloß dein Maul,
sonst schlägt man dirs stumm.
15 Jahre, das ist ein Leben,
dieser Staat hat viele Tode zu vergeben.
Denn wir solln es sehen und wissen genau:
solche wie uns
machn die
—wenn sie können!—
zur Sau.

ISOLATIONSHAFT AUCH IN LÜBECK

LÜBECK 22. November — **Wie schon berichtet, wurden Irmgard Möller, Christa Eckes und Ilse Stachowiak von Hamburg nach Lübeck verlegt.**

Die Haftbedingungen haben sich für die Frauen im Vergleich zu Hamburg noch mehr verschlechtert. Wir haben jetzt erfahren, daß Irmgard Möller keinen Umschluß mit den anderen Frauen hat, so daß nunmehr wieder der Status der vollkommenen Isolationshaft besteht, äußerlich noch gekennzeichnet durch die Unterbringung in den toten Trakt des ehemaligen Lazarettflügels, der nur den fünf Gefangenen Eckes, Möller, Stachowiak, Asdonk und Reiche vorbehalten ist. Der Umschluß wurde vom Leiter der Haftanstalt (Greift) mit der Begründung abgesetzt, daß die Gefangenen unberechtigterweise ihre Betten an eine andere Wand gestellt hätten. Wegen desselben 'Vergehens' darf Irmgard auch nicht mehr fernsehen.

War die Weck- und Frühstückszeit in Hamburg um 7.oo Uhr, so ist sie jetzt in Lübeck auf 6.oo Uhr festgelegt. Es ist schon mehrfach vorgekommen, daß Irmgard kein Frühstück bekam, weil sie nicht genau um 6.oo Uhr morgens an der Tür ihrer Zelle gestanden hat. Zum Waschen müssen die Gefangenen mit einem kaum halbvollen Eimer Wasser auskommen, für Tee oder Kaffee gibt es nur 1 Kanne heißes Wasser (in Hamburg 3 Kannen) — Tee und Kaffee sind angesichts der Kreislauf- und Blutdruckschwäche einfach notwendig. Die betonverschalten Fenster können nicht geöffnet werden — nur zwei kleine Gitteröffnungen von etwa 15x15 cm lassen sich aufstellen.

Irmgard Möller leidet unter Kreislaufschwäche, Blutniederdruck und Schwindelanfällen. Durch die Haftverschärfung werden Menschenleben gefährdet!

DOKUMENTATION ZUM TOD VON ULRIKE MEINHOF
DOKUMENTATION ZUM „SELBST"-MORD VON HORST RAKOW

FULDA 24.November — **Die Schwarze Hilfe Fulda hat eine Dokumentation zu Ulrike's Tod fertiggestellt.**

Diese Dokumentation richtet sich in erster Linie an diejenigen, die bisher kaum oder keine Gelegenheit hatten, authentische Schriften der RAF im besonderen und der Stadtguerilla im allgemeinen zu Gesicht zu bekommen. Deshalb ist der eigentlichen Dokumentation eine kurze einführende Darstellung der Theorie und der Geschichte der RAF vorangestellt.

Die Broschüre will andere, bereits vorliegende Dokumentationen nicht ersetzen, sondern ergänzen. Sie will auch zu einem Einstieg in die Auseinandersetzung um und mit der Stadtguerilla verhelfen — sie versteht sich daher als vorbereitende Arbeit.

Die Dokumentation umfaßt 133 Seiten und kostet 2,80 Mark.
Richtet Bestellungen an:
Rolf Löchel, Postfach 1421, 6400 Fulda.
Legt das Geld in Briefmarken bei oder überweist auf das Konto: R.Löchel, Postscheckkonto Ffm., 249131-606

WESTBERLIN 15. November — **Über den „Selbst"-Mord Horst Rakows nach 5 Jahren Untersuchungshaft wurde schon berichtet (ID 130). Die AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise) legt jetzt in Zusammenarbeit mit dem Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte (Berlin) und der Humanistischen Union (Landesverband Westberlin) eine Dokumentation vor. Erhältlich in vielen Buchläden zum Preis von 8,50 Mark.**

Vertrieb: AG SPAK-Publikationen
Friesenstraße 13
1000 Berlin 61
Tel.: 030/691 92 07

FRANKFURTER RUNDSCHAU – ID DARSTELLUNG EINER GEGENDARSTELLUNG

FRANKFURT
25. November

Die Frankfurter Rundschau wird mit dem ID nicht glücklich. Nachdem sie am 9.11. unsere Gegendarstellung zu einem „Versuch einer Analyse" des Gefangenenrats abdrucken mußte – in dem der ID mit Staatsschutzinformationen gleich mitanalysiert wurde (ID 151, 152) – versuchte der FR-Redakteur Leppert am 16.11. über einen Prozeß gegen einen von uns zu berichten. Gegenstand der Verhandlung war eine im ID 71 kommentarlos abgedruckte Erklärung von „Frauen der Revolutionären Zelle" zu einem Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der § 218 Kampagne. Dem Walter, damals presserechtlich verantwortlich, wird nun vorgeworfen, er habe mit der Veröffentlichung des Textes Verfassungsorgane verfassungsfeindlich verunglimpft. Die Sache sollte am 15.11. vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts verhadelt werden. Doch soweit kam es gar nicht. Der Richter bemerkte einige „Verfahrenshindernisse" formalrechtlicher Art, die eine Eröffnung des Prozesses nicht zuließen. Nach 20 Min. verließen die Prozeßbeteiligten den Ort des Geschehens. (Über die Hintergründe des Prozesses berichten wir später.)

Aus diesem Nichtvorgang machte jedoch die Frankfurter Lokalpresse einen Vorgang eigener Art. In Berichten der Frankfurter Rundschau und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien plötzlich Walter als Verfasser der RZ-Erklärung – was selbst die Anklageschrift nicht behauptet – und Abschnitte daraus werden ihm als Einlassung vor Gericht untergeschoben, obwohl er bei dem fehlgestarteten Prozeß nicht einmal Guten Tag gesagt hatte. Ein klassischer Fall von falscher Tatsachenbehauptung also, und munter geht es an die nächste Gegendarstellung. Die FAZ druckt sie als erste ab, merkt dazu an, daß sie die Meldung vom Landesdienst Hessen der dpa übernommen habe. Der Rundschau schien wohl die zweite ID-Gegendarstellung innerhalb von zwei Wochen etwas peinlich zu sein. Redakteur Leppert verlegte sich aufs Kuhhandeln: über unseren Rechtsanwalt und per Telefon suchte er uns zu bewegen, die Gegendarstellung zurückzuziehen. Dafür wollte er dann unsere Informationen in einem mildfreundlichen Artikel über den ID in der Rundschau berücksicht igen.

Das war nun nicht, was wir wollten – eine Garantie für einen Artikel aus unserer Sicht ist da sowieso nicht drin. Wir lehnten das Angebot ab. Leppert, offensichtlich erbost, drohte nun, ungehemmt auf Staatsanwaltinformationen gegen uns zurückzugreifen. Am 25. November erschien sie, unsere Gegendarstellung. Eine nachgestellte Anmerkung der Rundschau-Redaktion macht schon im ersten Satz klar, wohin die Reise geht:

> „Wie uns ein Sprecher der Frankfurter Staatsanwaltschaft dazu mitteilte, ist es beim „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" üblich, Beiträge nicht namentlich zu kennzeichnen. Im vorliegenden Fall sei es der Anklagebehörde nicht gelungen, den Autor des beanstandeten Artikels zu ermitteln.
>
> Was die Verantwortlichkeit der im Impressum ausgewiesenen Redakteure betreffe, sei festgestellt worden, daß deren Namen „alle paar Monate wechseln". Ferner lägen Anhaltspunkte dafür vor, daß im Impressum mittlerweile Tarnnamen verwendet würden."

Gekränkte Eitelkeit war es wohl, die den wirklich rasenden FR-Reporter dem Sprecher der Frankfurter Staatsanwaltschaft genau die selbe Dunkelmännertheorie aus der Nase zieht, die im „Gefangenenratsartikel" zu unserer ersten Gegendarstellung führte. Dann ist auch sehr merkwürdig, daß diese Staatsanwaltschaft nichtexistente Untergrundgeister als ID-Herausgeber vermutet und andererseits gegen lebendige Menschen mit denselben „Tarnnamen" leibhaftige Ermittlungsverfahren wegen der Herausgabe des ID einleitet...

NEUE ZEITUNG IN BREMEN

BREMEN
23. November

In Bremen gibt es eine neue Zeitung, das „Bremer Blatt": „Bürgerinitiativen, betriebliche Auseinandersetzungen, Aktionen fortschrittlicher Frauen, kulturelle Veranstaltungen nichtkommerzieller Art: sie sollen durch das „Bremer Blatt" eine Öffentlichkeit erhalten. Informationen, deren Veröffentlichung sonst von handfesten Interessen verhindert wird: im „Bremer Blatt" sind sie zu lesen. Im „Bremer Blatt" finden Erfahrungen und Erkenntnisse der breiten Mehrheit der Bevölkerung ihren Ausdruck. Das Stichwort heißt „Gegenöffentlichkeit": Informationen, die den Vielen nützen; Diskussionen im Interesse der Lohnabhängigen; Reportagen über Aktionen fortschrittlicher Menschen ..."

„Wir wollen die Kosten natürlich möglichst niedrig halten; jede Ausgabe (einmal im Monat vorläufig) von rund 5.000 Exemplaren wird etwa 2.500 DM kosten. Neben einigen größeren Spenden von Privatpersonen sollen Abonnements und Förderabonnements (unsere Super-Abos), sollen Straßen und Kneipenverkauf das „Bremer Blatt" finanzieren ..."

(aus der Selbstdarstellung in der Nullnummer)

Kontaktadresse:

Jürgen Alberts	Jens-Ulrich Davids
Kohlhökerstr. 51	Parkstr. 16
2800 Bremen	2800 Bremen
Tel.: 32 53 44	Tel.: 34 43 89

Kontonummer:
Jens-Ulrich Davids, Sonderkonto „Bremer Blatt", Bremische Volksbank, Nr. 11620

DIE EHRE IM GERICHTSVERFAHREN

FRANKFURT
25. November

Gegen Assesor Düx läuft am 6. Dezember in Frankfurt ein Ehrengerichtsverfahren, in dem über seine Zulassung als Rechtsanwalt entschieden wird. Dem steht nach Ansicht der Standesvertreter sein Auftreten als Verteidiger im Stammheimer RAF Prozeß entgegen, sowie Vergleiche zwischen bundesdeutscher und nazideutscher Rechtspraxis.

6. Dezember, 9.30, Gebäude D, Saal 125

EINSTWEILIGE VERFÜGUNG GEGEN „COMMUNE"-DOKUMENTATION

BERLIN
25. November

Gegen die Dokumentation des Berliner Commune Buchladens zu dem Bilanzkampf mit dem ehemaligen Mitbesitzer Schleicher, der noch 13 000 DM haben will, hat eben dieser eine einstweilige Verfügung erwirkt. Das Commune Info, das wir im letzten ID abgedruckt hatten, ging uns vor diesem Entscheid zu. Inzwischen wird den Commune Leuten unter Androhung von einer Strafe von 500 000 DM die Verbreitung der Dokumentation untersagt.

Nichtsdestotrotz oder auch jetzt erst recht findet am 4.Dezember in der alten TU Mensa das Solidaritätsfest für die Commune statt.

SILBERNES EHRENZEICHEN UND RAUSSCHMISS – HOCHACHTUNGSVOLL: IG DRUCK UND PAPIER

MÜNCHEN 22.November Erschrecken und Empörung verbreiteten sich nach Bekanntwerden des Ausschlußantrages gegen den Kollegen Hans Zintl bei den ca. 200 Anwesenden auf der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier am 18.10.76 im Münchner Vollmarhaus. Spontan wurde von Kollegen der Antrag gestellt, den Hauptvorstand aufzufordern, den Ausschluß zurückzunehmen. Der Antrag kam nicht mehr zur Abstimmung, doch der Ortsvorstand hat versprochen, diesen Antrag zu behandeln und auf der nächsten Mitgliederversammlung am 23.11.76 den ganzen Komplex auf die Tagesordnung zu setzen.

Einmütig wurde von den Kollegen und vom Ortsvorstand festgestellt, daß Hans Zintl ein guter Gewerkschafter ist und sich keinerlei gewerkschaftsschädigendem Verhalten schuldig gemacht hat, daß er allein das Opfer dieses Unvereinbarkeitsbeschlusses geworden ist. Der Antrag auf Ausschluß wurde gestellt vom Betriebsrat des Buchgewerbehauses, der noch mit 150 Kollegen-Unterschriften unterstützt wurde. Der einzige Grund war für die Kollegen die Mitgliedschaft beim Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Die Ironie dabei: Gerade der Kollege Zintl war wesentlich am Zustandekommen der Demonstration am 1.Mai 76 zum Buchgewerbehaus beteiligt, um gegen den Mordanschlag auf Streikposten aufs schärfste zu protestieren.

Die wichtigsten Stellungnahmen der Kollegen:

Otto Götz, Ortsvereinsvorsitzender:
„Ich habe gegen den Kollegen Hans Zintl überhaupt nichts.Er ist ein guter Gewerkschafter. Der Ortsvorstand hat auf dem Gewerkschaftstag gegen die Entschließung 28 (= ‚gewerkschaftsfeindliche Gruppen') gestimmt. Jetzt können wir über den bestehenden Beschluß nicht hinaus."

Kollege Stöckigt:
„Der Kollege Hans Zintl ist ein guter Gewerkschafter. Dieser Ausschluß ist Folge des Unvereinbarkeitsbeschlusses."

Die Versammlung gab Hans Zintl die Gelegenheit einer Erklärung:
„Wir sind in einer Phase des Abbaus der demokratischen Rechte Im öffentlichen Dienst haben wir Berufsverbote, in unserer Gewerkschaft Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Von der Methode her ist das die gleiche Gesinnungsschnüffelei und führt auf der einen Seite zu Berufsverboten, auf der anderen Seite zu Gewerkschaftsausschlüssen. Dieser Antrag erfolgte auf kaltem Wege über den Landesbezirk, daß ich so keine Möglichkeit hatte, dagegen vorzugehen. Wenn ein Kollege zuvor von der notwendigen Solidarität gesprochen hat, so ist dieser Antrag gegen die Solidarität und dient der Spaltung unserer Kampfkraft. Dieser Ausschluß ist ein Verstoß gegen die Einheitsgewerkschaft, in der sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitals kämpfen müssen."

Hans Zintl schildert kurz seine gewerkschaftliche Tätigkeit und stellt den Antrag, weiter an Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Ein Kollege bestreitet, daß Zintl kein Rederecht auf Mitgliederversammlungen mehr hat bis zur endgültigen Klärung – mit Hinweis auf § 6 der Satzung.

Ludwig Hankofer, Ortsvorstandsmitglied:
„Dieser Ausschlußantrag beweist die Gefährlichkeit der Entschliessung 28 in unserer Organisation. Es darf kein Kollege wegen seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation ausgeschlossen werden, sondern ausschließlich wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten. Heute trifft es Kollegen vom Arbeiterbund, morgen sind es Kollegen der DKP. Ich selber bin Mitglieder der DKP und weiß, daß Bestrebungen in dieser Richtung im Gange sind. Wir müssen alles tun, daß dieser Beschluß von Hamburg rückgängig gemacht wird, im Moment können wir dazu nichts machen."

Kollege Kaiser:
Er stellt den Antrag, daß die Mitgliederversammlung den Hauptvorstand auffordert, den Ausschluß rückgängig zu machen.

Kollege Wagner, Betriebsrat, Buchgewerbehaus:
„Ich bin einer der Antragsteller. Wenn wir schon so eine Entschliessung vom Gewerkschaftstag haben, müssen wir auch danach handeln."

Er wurde durch Zwischenrufe unterbrochen, ob er glaubt, daß er ein besserer Gewerkschafter sei als Hans Zintl, den er nicht einmal kenne und nicht einmal die Organisation beim Namen nennen kann, der Hans Zintl angehört.

Hans Zintl über seine gewerkschaftliche Tätigkeit:
„Bereits während meiner Lehrzeit habe ich mich 1950 in der IG Druck und Papier organisiert. Vor einem Jahr erhielt ich die Ehrenurkunde mit Anstecknadel für 25jährige Mitgliedschaft. Diese Mitgliedschaft habe ich nicht nur im Beitragszahlen verstanden, sondern im aktiven gewerkschaftlichen Einsatz.
So absolvierte ich die Betriebsratskurse I und II in Bernried. Mit diesem Rüstzeug leitete ich die Betriebsratsgründung bei der Fa. Winter ein, die zunächst von der Firmenleitung brutal durch Kündigung von mir und noch 2 Kollegen abgewürgt werden sollte. Der darauf folgende Arbeitsgerichtsprozeß endete nur mit einem Vergleich, da der Richter der Auffassung war, daß meine Flugblattverteilung im Betrieb gegen die Notstandsgesetze trotz Genehmigung des Geschäftsführers eine Störung des Betriebsfriedens darstellt. Trotzdem wurde der Betriebsrat gegründet. Ich selber wurde vom Ortsvorstand zum Vertrauensmann ernannt.

Aus der darauffolgenden Firma Kreuzer bin ich geflogen, weil ich darauf bestand, daß die tarifliche Lohnerhöhung nicht auf die Leistungszulage angerechnet wird. Der Arbeitsgerichtsprozeß wurde leider nur um ein gutes Zeugnis geführt.
Zwischenzeitlich nahm ich an den Bezirksschulungen Betrieb – Wirtschaft – Gesellschaft teil.

Bei der Lohnrunde 1972 war ich maßgeblich daran beteiligt, daß das Aktionskomitee der gewerkschaftlichen Vertrauensleute der IG Druck und Papier in München zustandekam, um eine Demonstration zur Unterstützung unserer Tarifkommission vor dem Verhandlungslokal Hotel Deutscher Kaiser zu organisieren und durchzuführen.

1972 im Herbst wurde erstmals vom Ortsvorstand ein Ausschlußantrag wegen meiner Mitgliedschaft bei den Arbeiter-Basis-Gruppen gestellt. Dieser Antrag wurde auf Beschluß der Mitgliederversammlung, als höchstes Entscheidungsgremium im Ortsverein München, vom Hauptvorstand zurückgeholt.

Zu dieser Zeit leitete ich bei der Akademischen Druckerei die Betriebsratsgründung ein, die ohne Verluste zum Erfolg führte. Anschließend wurde ich von den Kollegen ordentlich zum Vertrauensmann gewählt. Die Akademische Druckerei wurde von der Druckerei Stefan Schwarz aufgekauft. In dieser Firma gab es von Anfang an Schwierigkeiten mit der Lohnzahlung sowie der Überweisung der Vermögenswirksamen.

Aufgrund dieser Auseinandersetzungen, bei denen der Unternehmer gegen mich handgreiflich wurde, bekam ich obendrein die Kündigung. Der Arbeitsgerichtsprozeß endete wieder damit, daß ich aus dem Betrieb mit einer geringen Abfindung gekauft wurde, das Geld erst zur Hälfte bekommen habe und obendrein eine Sperrfrist beim Arbeitsamt besteht, die über die Sozialrechtsstelle des DGB angefochten wird. JEtzt arbeite ich in einem Kleinstbetrieb; aufgrund meiner aktiven Gewerkschaftstätigkeit und meines konsequenten Einsatzes für unsere Interessen als Arbeiter habe ich keine Chance, in einem Großbetrieb zu arbeiten.

Bei der letzten Betriebsratswahl ist es mir gelungen, maßgeblich Einfluß zu nehmen, daß bei der Firma Bruckmann die von der Geschäftsleitung geplante Gegenliste zur IG-Druck-Liste nicht zustandekam. Der vorgesehene Listenführer, der ein Lehrkamerad von mir in diesem Betrieb war und Mitglied unserer Gewerkschaft ist, wurde von mir auf sein gewerkschaftsschädigendes und undemokratisches Handeln hingewiesen. Er zog seine Kandidatur zurück."

Anschrift : Hans Zintl, Neureuther Straße 27/2
8000 München 40

RESOLUTION DES DGB-ORTSKARTELLS

DIETZENBACH 3. November

(...)Es wurde einstimmig als Resolution beschlossen:

Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften steht für uns in Frage, wenn von ihnen – so der HBV (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen) – in öffentlichen Stellungnahmen gefordert wird, Gesinnungsschnüffelei und Denunziation im staatlichen Bereich zu beenden, die selben Gewerkschaften aber zur gleichen Zeit nichts anderes in ihren eigenen Reihen betreiben. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Ausschlußverfahren gegen aktive Kollegen (auf alternativen Listen zur BR-Wahl z.B.) schwächen unsere Kampfkraft in einer Zeit, in der sich die Angriffe auf den Lohn, die Arbeitsbedingungen, sowie die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter und Angestellten verschärfen. Indem wir uns selbst schwächen, stärken wir aber nur diejenigen, die schon im gewerkschaftlichen Engagement den ersten Schritt zur Gegnerschaft gegen das Grundgesetz sehen – diejenigen, die gegen Streikende die Polizei einsetzen und Versammlungen bespitzeln lassen – diejenigen, die ausländische Kollegen in werkschutzbewachte Baracken pferchen – diejenigen, die schon heute alles tun, um auch morgen noch ihre Profite sichern zu können.

Angesichts der ökonomischen Folgen der Krise und der wachsenden Einschränkung politischer Freiheiten (§ 88a, § 130 a) ist für uns sicher, daß wir uns wehren müssen. Dafür brauchen wir Gewerkschaften. Gewerkschaftsmitglieder, die über das, was sie tun wollen, eine solidarische politische Auseinandersetzung führen können, die das Recht haben, eine eigene Meinung zu äußern und Kritik zu üben. Wir brauchen Gewerkschaften, in denen die Mitglieder nach ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit beurteilt werden, nicht danach, welchen politischen Organisationen sie angehören.

Heute gibt es in den Gewerkschaften die Angst davor, als Beisitzer einen vom Ausschluß bedrohten Kollegen zu unterstützen, denn es gibt mehr als einen Beisitzer, der selbst zum „Angeklagten" wurde. Heute gibt es die Praxis der Berliner Verwaltungsstelle der IG Metall, die den Unternehmern in der „Metall"-Zeitung regelmässig schwaze Listen mit Namen und Betriebszugehörigkeit ausgeschlossener Kollegen frei Haus liefert. Heute gibt es den Ausschluß der Berliner GEW aufgrund ihrer Ablehnung des Unvereinbarkeitsparagraphen der Satzung. Konsequenterweise müßte von nun an jeder, der gegen eine Satzungsänderung stimmt, automatisch ausgeschlossen sein.

Solange bloße Untertanen erwünscht sind, sind Gewerkschaften nicht demokratisch; wir aber brauchen keine Untertanen, keine Ja-Sager, sondern kritische und aktive Gewerkschafter in demokratischen Gewerkschaften.

DGB Ortskartell Dietzenbach

WENN DEUTSCHE BEAMTE AUF DIE LOYALITÄTSPFLICHT VERWEISEN ...

FREIBURG 20. November

Offensiv reagiert hat eine Initiativgruppe Lehrerinnen und Lehrer aus Baden-Württemberg auf den Versuch des Oberschulamtes Freiburg, sie wegen einer Solidaritätsanzeige für einen vom Berufsverbot getroffenen Kollegen zu disziplinieren.

Die erste Anzeige in der Badischen Zeitung vom 26.6.76 war von ungefähr 80 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet worden und lautet:

KURT FALLER MUSS LEHRER BLEIBEN !

Im Januar 1976 schreibt das staatliche Schulamt an den Lehrer K. Faller: „der allgemeine Unterrichts- und Erziehungserfolg wird mit ‚gut' bewertet. Das staatliche Schulamt dankt für die engagierte Arbeit des Lehrers."

Im Mai 1976 kündigt ihm das Oberschulamt Freiburg wegen „mangelnder Eignung". Einziger Grund für mangelnde Eignung: „Mitgliedschaft in der DKP", also einer nicht verbotenen Partei.

Im Grundgesetz, Art. 3.3. heißt es: Niemand darf wegen seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt werden.

In dem Brief des Oberschulamts, geschrieben an die Unterzeichner, mit der unmißverständlichen Schlußbemerkung: „Das Oberschulamt weist Sie auf diese Rechtsgrundlage hin und ersucht Sie, Ihr künftiges Verhalten danach einzurichten, damit Sie nicht mit Ihren Dienstpflichten in Konflikt geraten.", wird unter anderem folgendermaßan argumentiert:

„Gemäß Art. 33 Abs. 5 GG i.V.m. § 64 Abs. 2 Lbg muß sich der Beamte durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten. Diese politische Treuepflicht fordert nach der einschlägigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.75 ‚mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren." Nach diesen Grundsätzen ist ein Probebeamter, der sich verfassungsfeindlich betätigt, regelmäßig aus dem Amt zu entlassen."

Und da ja die DKP eine verfassungsfeindliche Partei ist, wie aus Äußerungen der Bundesregierung, des Bundesinnenministers und der baden-württembergischen Landesregierung zu entnehmen ist, fliegt ein Mitglied der DKP aus dem Schuldienst. Der in diesem Fall betroffene Kurt Faller war zudem noch Mitglied des Landesvorstandes der DKP, der sich also „... in besonderer, hervorgehobener Weise für die Grundsätze und Ziele der DKP einsetzt."

Für die Unterzeichner der Zeitungsanzeige ergibt sich daraus wie folgt:

„Das Oberschulamt, dessen Beamte ebenfalls durch ihren Beamten-Eid verpflichtet sind, für die Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung i.S. des Grundgesetzes einzutreten, muß deshalb in der Angelegenheit des Lehrers z.A., Faller, pflichtgemäß in der von Ihnen angegriffenen Weise vorgehen, wobei es selbstverständlich der Kontrolle unabhängiger Gerichte unterliegt.

Deshalb stellt Ihre Anzeige in der Badischen Zeitung vom 26.6.76 objektiv den Versuch dar, das Oberschulamt in der Wahrnehmung seiner Pflichten zu behindern. Bei schuldhaftem Verhalten läge darin ein Verstoß gegen die sich aus § 68 LBG ergebende Loyalitätspflicht."

Zusammen mit dem Text der ersten Anzeige veröffentlichten am 20.11. ca. 240 Unterzeichner eine Stellungnahme zu diesem Maulkorbbrief, der abschließt: „Beamte haben das Recht, öffentlich eine andere rechtliche und politische Meinung zu vertreten als ihr Dienstherr."

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

BESUCH IN DER GYNÄKOLOGIE

NEU-ISENBURG
24. November

Frauen aus dem Frauenzentrum Dreieich zogen an einem „Besuchs"-Sonntag, es war der 14. November, mit Flugblättern und Plakaten „Pille und Spirale machen uns kaputt – wir wollen unschädliche Verhütungsmittel auch für Männer" und „Eine Ärztin meint: auch Mußehen sind glückliche Ehen" durch die gynäkologische Abteilung des Dreieich-Krankenhauses in Langen. Sie wollten auf die frauenfeindliche Handhabung auch des reformierten Paragrafen 218 aufmerksam machen.

„Wir gaben dort eine Dokumentation, in der wir einige Erfahrungen mit dem reformierten Paragrafen 218 festgehalten haben, an Ärzte und Schwestern und verteilten auf den Gängen, im Foyer und in den Besuchszimmern Flugblätter an Besucher und Patienten. Das Publikum reagierte zurückhaltend. Das Krankenhaus informierte die Polizei, sie griff jedoch nicht ein. Nach einer guten Stunde, gegen 15 Uhr 30, verließen wir das Krankenhausgelände.

Wir hatten uns zu dieser Aktion entschlossen, um die Öffentlichkeit erneut darauf aufmerksam zu machen, in welcher Weise der § 218 auch nach seiner Reformierung immer noch gegen die Frauen ausgelegt wird. Wie unserer Dokumentation zu entnehmen ist, wurde im Drei–eich-Krankenhaus einer 22jährigen schwangeren Frau mit bescheinigter sozialer Indikation, die sich wegen der Beschaffung eines Bettplatzes verzweifelt an das Frauenzentrum gewendet hatte, der Abbruch verweigert. Der Chef der gynäkologischen Abteilung, Dr. Schieferstein, hatte uns zuvor in einem Gespräch angeboten, daß wir uns in Notfällen an ihn wenden könnten. In diesem Fall lehnte die Klinik ab; Begründung: der Fall liege in der Grauzone.
Dieses Beispiel steht nicht allein, wie die übrigen Fälle in der Dokumentation belegen."

Für eine Mark ist die Dokumentation beim Frauenzentrum erhältlich. Kontaktadresse:
Frauenzentrum Dreieich
Buchenbusch 29
6078 Neu-Isenburg Tel.: 06102/34 338

AUSBAU DER GESAMTHOCHSCHULE GESTOPPT

DUISBURG
22. November

Mitten in die Duisburger Streikvorbereitungen für den Streik am 2.12.76 im Rahmen der VDS-Aktionen platzte eine Information des NRW-Finanzministeriums: Der Ausbau der Gesamthochschule Duisburg soll gestoppt werden!

Obwohl
– die ehemalige PH schon jetzt aus allen Nähten platzt
– man kaum noch „ordnungsgemäß (?)" studieren kann
– der Ausbau von Minister Rau verbindlich zugesagt worden war (am 22.10.1975),

soll der Beginn des Ausbaus bis Anfang '78 verschoben werden. Die Die Neubauten könnten frühestens zum Wintersemester 81/82 bezogen werden. Zu der Zeit werden sich dann ca. 10000 Studenten in Räumen tummeln, die für 3 bis 4000 vorgesehen waren. Diese Verschiebung des Ausbaus bedeutet für die Studenten, Dozenten und Uni-Personal gleichermaßen eine Katastrophe.

Dementsprechend war der Andrang bei der Uni-Vollversammlung am 16.11.76, bei der über den Streik gegen das Hochschulrahmengesetz und über Aktionen gegen den Ausbau-Stop diskutiert werden sollte, so groß wie seit Jahren schon nicht mehr (ca. 700). Bei der Vollversammlung selber ging auch eine seltsame Wandlung bei den Rednern vor sich: Der Parteien-Hick-Hack wurde vermieden, die linken „Phrasen" wurden weniger und es wurde sogar gelacht in der Vollversammlung. Trotz (oder besser ‚wegen') des grossen Gedränges war die Stimmung aufgeräumt, ein bißchen aus Wut, aber auch ein bißchen aus der Hoffnung, daß mit dieser großen Menge doch was zu machen sein müßte. Man hatte wohl vorher selbst nicht mehr daran geglaubt, daß die Studenten noch aufwachen könnten. Der Stimmung im Saal entsprechend wurde dann beschlossen, nicht nur einen Tag gegen das HRG zu streiken, sondern wegen der besonderen Duisburger Lage 4 Tage zu streiken (vom 30.11. bis 3.12.), wobei sich der Streik gegen HRG und Ausbaustopp richten soll.

Vom Asta kam dann die gute Idee, mit der ganzen Vollversammlung, bei der sich auch etliche Dozenten befanden, zum Rathaus zu wandern, um den Bürgermeister auf die Füße zu treten, damit er sich für die Gesamthochschule stark macht. Doch als man auf der Straße war, zeigte sich, daß die Demo zu spontan war, bzw. daß die Phantasie der Duisburger Studenten schon ganz schön verkrüppelt ist. Jedenfalls brachten wir 1 km Schweigemarsch hinter uns, bis endlich die ersten Sprechchöre und Parolen zu hören waren. Doch blieben diese auf die erste Hälfte des Zuges beschränkt, während der Schluß des Zuges still und geduldig hinterhertrottete.

Beim Rathaus angekommen, forderte der Asta den Oberbürgermeister auf, zu der Situation Stellung zu nehmen und der erklärte, er werde sich natürlich nach Kräften und .... uns so weiter. Für den Rückweg nahmen wir dann die nächste Straßenbahn, wobei natürlich keiner daran dachte, zu zahlen. So wurde aus der spontanen Demo noch die erste große Schwarzfahraktion von Duisburg.

DER MENSASTREIT IST NOCH LANGE NICHT ERLEDIGT

BRAUNSCHWEIG
24. November

Der Hintergrund des Mensaboykotts an der TU Braunschweig ist im ID 150 beschrieben worden, einige Fehler, die uns dabei unterlaufen sind, kamen durch Mißverständnisse beim Telefongespräch zustande. Hier soll nochmal ausführlicher auf die Kampfformen eingegangen werden.
Nachdem die Preiserhöhung für das Mensaessen inkraft trat, setzten sich viele Studenten zusammen und organisierten den Boykott.

Eine Gruppe organisierte die Ausgabe eines Ersatzessens, malte Plakate und stellte Gruppen zusammen, die die Studenten in den Vorlesungen über die aktuelle Lage informierten.

Vor der Essensausgabe in der Mensa wurden im Halbkreis mehrfache Stuhlreihen aufgestellt und dicht mit Studenten besetzt, die versuchten, essenswillige Studenten zu überzeugen, und organisierten Boykottbrechern den Zugang zu erschweren. Die Anzahl der Studenten, die sich an dieser Aktion beteiligten, wurde bald so groß, daß die Besetzung der Stuhlreihen ständig wechseln konnte. Viele Kommilitionen, die das Ersatzessen holten, setzten sich eine Zeitlang mit dazu. Nach der Mensazeit trafen sich viele aktive Studenten (AStA, Basisgruppen, Unorganisierte, Vertreter der politischen Gruppen) um im Planungskomitee die Aktionen der nächsten Tage zu planen. Die wichtigsten Diskussionspunkte betrafen die Organisierung des Ersatzessens und das Vorgehen bei der Verhinderung der Mensaessensausgabe.

Die Anzahl der ausgegebenen Mensaessen sank beständig, von 260 am Dienstag (dem 26.10) auf unter hundert am Freitag, während die Ausgabe des Ersatzessens sich bei etwa 1.800 por Tag stabilisierte. In dem Maße, in dem die Stuhlreihen stärker und geschlossener wurden, wurden die Provokationen einiger organisierter Burschenschaftler und RCDSler weniger.

Am Freitag, dem29.10., versuchten Zivilpolizisten, die von einem Boykottbrecher und Spitzel alarmiert worden waren, die Personalien einer Komilitonin festzustellen. Von ca. 60 Studenten wurden sie unter Sprechchören vom Unigelände geleitet.

Auf der TU-Vollversammlung (VV) am 3. 11. wurde beschlossen, daß es richtig sei, sich gegen tätliche Angriffe von den Reaktionären zur Wehr zu setzen, daß aber der individuelle Terror und Schlägereien zu vermeiden seien. In den Stuhlrei hen vor der Essensausgabe wurde also eine Lücke in der Breite eines Stuhles eingerichtet, um die Leute passieren zu lassen, die sich ihr Essen partout holen wollten.

Am Freitag, dem 5. 11., fand dann unter einem Polizeiaufgebot mit scharfen Hunden und einer Reiterstaffel die Studentenwerksvorstandssitzung statt, auf der ohne die studentischen Mitglieder die Erhöhung auf 1,80 beschlossen wurde. Dabei wurde mit Teleobjektiven und einer elektronischen Kamera (Video-Bandaufnahme) fotografiert und gefilmt, was die 400 Demonstranten gegen die Mensapreiserhöhung und den Polizeieinsatz nun wohl tun würden. Die STudenten hinderten die studentischen Vorstandsmitglieder am Betreten des Gebäudes, so daß diese nun mit Hilfe einer einstweiligen Anordnung die Beschlüsse für ungültig erklären lassen wollten. Nachdem bekannt geworden war, daß die Preise für Freitag und Samstag auf 1,40 blieben, zogen die Studenten in einer Demonstration zurück zur Mensa. Loschke & Co. die Vorstandstypen, trauten sich erst eine Stunde später heraus, mit je einem Polizeiwagen vorne und hinten.

Der AStA hat für Freitag und Samstag, 29. und 30. Oktober in Ausführung des VV-Beschlusses den Boykott ausgesetzt und kein Alternativessen angeboten, da der ASTA die vorläufige Rücknahme der Erhöhung als Teilerfolg wertet und die Studenten die Möglichkeit haben sollen, diesen Teilerfolg selbst zu erfahren, indem sie in der Mensa für eine Mark vierzig essen.

Der KSB hat gegen den VV-Beschluß Essen organisiert, das nicht vollständig verkauft wurde. Notmensa ohne Boykott ist genauso unsinnig wie Boykott ohne Notmensa!

Am 8. November verbreitete der AStA Flugblätter mit folgenden Vorschlägen:

Weiterführung des Boykotts, solange die Studenten ihn unterstützen, dreitägiger Streik Anfang Dezember, Medien, Gewerkschafler und Bevölkerung verstärkt in den Kampf miteinzubeziehen und Ende November spektakuläre und landesweite Aktionen durchführen: Z. B. eine Fahrad-Demonstration aus Braunschweig, Hannover und Göttingen (die anderen Hochschulen sind natürlich auch eingeladen, mitzumachen) zum Kultusministerium und zum Landtag. Ebenso sollte man einen Staffellauf nach Hannover mit Mensa-Essen aus den Städten organisieren. Außerdem werden wir ein GO-In beim Rektor und beim Kultusminister veranstalten.

RCDS–ASTA SABOTIERT STUDENTISCHE URABSTIMMUNG

BONN
24.November

In Bonn kam es zum Eklat bei der Urabstimmung über einen Streik (wegen Bafög und Hochschulrahmengesetz) an der Universität. Der RCDS (CDU-naher Studentenverband)-ASTA,der den Streik natürlich ablehnt,kontrollierte die Stimmzettel der Studenten. Studenten, die andere Stimmzettel als die vom ASTA vorgeschlagenen, in die Urne stecken wollten – diese Stimmzettel müßten als ungültig registriert werden – wurden massiv daran gehindert, in dieser Form ihre Meinung frei zu äußern.

Studenten, , die einen ungültigen Zettel verwendeten, wurden von Wahlhelfern, unterstützt von ASTA-Vertretern, fotografiert und namentlich registriert, indem ihr Name in den Wahllisten gestrichen wurde. Die Kommilitonen wurden als ‚Kommunisten, Radikale und Terroristen' beschimpft.

Diese ‚Absicherung' der Urabstimmung war bereits auf einer Sitzung des Studentenparlaments mit den Stimmen von RCDS und SLH geplant, wohl aus berechtigter Sorge heraus, daß viele Studenten die Vorschläge des ASTA ablehnen würden.

Die Vereinigung Deutscher Studentschaften fordert den ASTA der Uni Bonn auf, unverzüglich zurückzutreten und ruft ferner alle deutschen Asten auf, Rücktrittsforderungen für diesen RCDS-Asta dem VDS zuzuschicken.

Gez. Axel Ickert und Thomas Becker, Vorstandmitglieder des VDS, Kaiserstraße 71, 5300 Bonn.

KBW SPRENGTE SPONTI-VERANSTALTUNG

HEIDELBERG
18. November

Der KBW hat in seiner ehemaligen Hochburg Heidelberg innerhalb einer Woche zwei Veranstaltungen gesprengt. Beide Male standen die Veranstalter vor der Alternative, entweder die KBWler zu verprügeln oder abzubrechen. Das erste teach-in mit 500 Leuten informierte über die Anarchosyndikalisten im spanischen Bürgerkrieg. U.a. wurde ein Film gezeigt. Die KBWler verweigerten die Zahlung des geringen Unkostenbeitrags und stürmten den Saal. Sie klatschten Beifall, als von der Ermordung von Trotzkisten und Anarchisten berichtet wurde und erzwangen den Abbruch durch schwachsinnige Aufbauparolen.

Das 2. teach-in griff die politische Justiz, insbesondere die Heidelberger Scharfmacher an. Was dem Rektorat durch sein Verbot nicht gelang, erreichten 60 KBWler. Die 700 Zuhörer konnten weder Sebastian Cobler (Autor des Rotbuches 152 zur Staatsschutzstrategie) noch Walter Mossmann hören.

Die KBWler prügelten sich mit uns um das Mikrophon (wir haben gewonnen) und warfen Farbbeutel (auch KBWler waren total beschmiert). Beides rechtfertigte ein KBW-Sprecher mit der Notwendigkeit, den Kampf zweier Linien mit der erforderlichen Schärfe auszutragen.

CLUB VOLTAIRE NOCH IMMER OHNE RAUM

NEU-ISENBURG
24. November

Der Club Voltaire Neu Isenburg besteht seit Januar 1973 und konnte bis zum 31 Januar dieses Jahres alternative Jugendarbeit in Selbstverwaltung machen. Dann wurde der Ersatzraum des Clubs im alten Rathaus von Vertretern der Stadt aus angeblichen „brandschutztechnischen Gründen" geschlossen (siehe ID 112). Bis heute noch ist der Club ohne Raum, blieben die Forderungen der Jugendlichen an die Stadt ungehört:

1. Wiederbereitstellung des Löwenkeller nach vollständigem Umbau
2. ein geeign eter Raum als Übergangslösung
3. Auszahlung aller zurückgehaltener Finanzmittel
4. Ersatz für das von der Stadt zerstörte Mobiliar

Um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und den Forderungen Nachdrück zu verleihen, werden Club -Mitglieder am Montag, 29. November ab 7.30 Uhr vor dem Rathaus in einen Hungerstreik treten. Der Hungerstreik soll das Aushungern des selbstverwalteten Jugendhauses durch die Stadt symbolisieren. Mit Transparenten, Wandzeitungen und Flugblättern sollen die Leute über den Konflikt informiert werden. Weiter Schritte sollen auf einer Mitgliederversammlung am 2. Dezember um 19.00 Uhr im Jugendzentrum beraten werden.

GUTE BILANZ DER SCHWARZFAHRERVERSICHERUNG

WESTBERLIN
24. November

Vor neun Monaten haben wir eine Schwarzfahrerversicherung mit steigender Mitglieder-Zahl gegründet. Jeder, der einsteigt, zahlt zehn Mark, wenn er versichert sein will, jeder weitere Monat kostet ab zwei Mark.

Lässig sitzen wir in der U-Bahn und können Bücher, Zeitungen und INFO lesen und brauchen keine Angst zu haben vor Kontrolleuren. Wenn einer erwischt wird,zahlt er halt die 20 Mark, denn nur auf die Quittung kommt es an, damit er sein Geld von der Versicherung zurückbekommt. Wir zahlen immer gleich die 20 Mark bar, weil sie dich sonst registrieren, wenn du öfter erwischt wirst.

Bisher wurden acht Leute erwischt und wir haben ein Plus von 84 Mark in der Kasse. Wenns so weiter geht, machen wir zu Weihnachten ein Fest. Wir müssen aber erst mal sehn, wies aussieht mit den verstärkten Kontrollen und ob sich dann der Monatsbeitrag erhöht. Wir machen auf jeden Fall weiter und können nur jedem sagen, dem das U-Bahn-Fahren zu teuer ist, es ebenso zu machen.

aus: Info BUG 133

RÜSTUNGSKONZENTRATION IN DER BRD – DIE GENERÄLE IN DER WIRTSCHAFT

FRANKFURT/ STOCKHOLM 18. November Wir veröffentlichen hier eine umfassende Dokumentation über die rüstungswirtschaftliche Kooperation und Konzentration im Rahmen der NATO und die besondere Rolle, die die BRD darin spielt. Sie gibt Einblick in die derzeitige Situation auf dem Militärmarkt und über die Politik der großen deutschen Rüstungskonzerne, wie sie ungebrochen aus zwei Weltkriegen in Verbindung mit den politischen und militärischen Stellen weitergeführt wird. Im Anschluß eine Übersicht über die laufenden Rüstungsprojekte der großen Konzerne und eine Aufstellung von ehemaligen Wehrmacht- und Bundeswehroffizieren in den Chefetagen der Industrie.

Der Bericht wurde von einer Gruppe schwedischer Journalisten recherchiert und zusammengestellt – ihr Material wurde von bürgerlichen Medien abgewiesen. Auch der ID hatte es nicht ganz einfach: ein eingeschriebener Brief aus Schweden mit dem ursprünglichen Manuskript ist irgendwo verschollen und bis heute nicht wieder aufgetaucht....

Für die Rüstungsmonopole der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren eine immer stärker werdende Internationalisierung der Kapitalbasis zu beobachten. Vor allem amerikanisches, aber auch britisches, französisches und holländisches Kapital ist in die deutschen Rüstungskonzerne geflossen. Von diesen ausgehend verstärkt sich ebenfalls die Tendenz zu Internationalisierung der Rüstungsproduktion, was der von der *EUROGROUP* geforderten Rüstungsstandadisierung unmittelbar entgegenkommt. Daß damit ein stärkerer Einfluß der deutschen Rüstungswirtschaft auf wirtschaftliche Entscheidungen auch in anderen NATO-Staaten verbunden ist, kann nicht übersehen werden. Für die Unabhängigkeit und Souveränität dieser Staaten gewinnt in diesem Zusammenhang die wachsende auch personelle Verflechtung von Rüstungswirtschaft, militärischer Führung und politischen Entscheidungszentren in der Bundesrepublik immer mehr Gewicht. Die Rolle, die dabei ehemalige Offiziere der Hitlerwehrmacht (s. beiliegende Aufstellung), frühere Offiziere der Bundeswehr und die entscheidenden Rüstungskonzerne Nazideutschlands spielen, darf nicht unterschätzt werden.

Zwar ist der Anteil der Rüstungswirtschaft an der gesamten Volkswirtschaft der Bundesrepublik nicht sehr groß. Verglichen mit den über sechs Prozent der amerikanischen Rüstungsproduktion an der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion der USA nehmen sich die drei bis vier Prozent in der Bundesrepublik relativ bescheiden aus. Kennzeichnend für die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik ist, daß in einigen Wirtschaftszweigen der Anteil der Rüstungsproduktion zu einem immer mehr bestimmenden Faktor wird. So liegt z.B. in der Luftfahrtindustrie der militärische Fertigungsanteil bei etwa 80 % und deutlich über allen Vergleichszahlen des Auslands. Auch im Schiffsbau und im Fahrzeugbau (Lkw- und Panzerprogramme) ist der Anteil der Rüstungsproduktion außergewöhnlich hoch und hat zu einer relativen Abhängigkeit dieser Konzerne von Rüstungsaufträgen geführt. Die Tendenz zur Polarisierung in der Rüstungswirtschaft läßt diese Wirtschaftszweige verstärkt auf immer neue Rüstungsproduktionen drängen und erhöht zugleich das Gewicht des militärisch-industriellen Komplexes für die politischen Entscheidungen der Regierung in Innen- und Außenpolitikfür die deutsche Rüstungswirtschaft.

Der außergewöhnlich starke Zustom von ausländischem Kapital wird begünstigt durch die enge Bindung der Bundesrepublik in der NATO, die von keinem anderen NATO-Staat übertroffen wird. Ursachen dieses Kapitalstroms sind nicht nur die zu erwartende hohe Rendite, sondern auch die starke Rüstungsbereitschaft der führenden Wirtschafts- und politischen Kräfte der Bundesrepublik, die geradezu eine Gewähr für immer neue Rüstungsaufträge ist. Zahlreiche amerikanische und andere ausländische Konzerne unterhalten auf die unterschiedlichste Weise enge Beziehungen zur deutschen Rüstungswirtschaft. Einige deutsche Rüstungsfirmen befinden sich in ausländischem Besitz. *Standard-Elektrik-Lorenz* gehört z.B., einschließlich der Firmen *Graetz GmbH*, *Schaub-Lorenz AG* u.a., zu 99,44 % der *International Standard Electric Corporation* New York. *Felten & Guilleaume* mit allen Zweigwerken und Tochtergesellschaften befinden sich zu zwei Dritteln im Besitz belgischer und französischer Konzerne. *Brown, Boveri & Cie.*, Mannheim, gehören kapitalmäßig zu mindestens 56 Prozent in die Schweiz, die *Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH*, Hamburg, ist ein reines Tochterunternehmen des niederländischen *Philips*-Konzerns und die *VfW-Fokker GmbH*, einer der drei Luft- und Raumfahrtkonzerne der Bundesrepublik, ist der Prototyp eines gemischt niederländisch-deutschen Rüstungskonzerns, wie er erst nach den gesetzlichen Bestimmungen über den Kapitalverkehr der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EG) gesetzlich möglich wurde.

Der bedeutendste Luftfahrkonzern der Bundesrepublik, die *Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB)*, München-Ottobrunn, befindet sich zu etwa 40 Prozent in ausländischem Besitz, u.a. der *Boeing Co. Ltd.*, USA und der *SNIAS S.A.*, Frankreich. Der Konzern erzielte 1975 einen Umsatz von ca. 2 Milliarden DM. Er beschäftigt über 20.000 Menschen. Der Anteil der Rüstungsproduktion am gesamten Konzernumsatz beläuft sich auf über 75 Prozent. Nachdem das Bundesverteidigungsministerium im März 1976 entschieden hat, dass das MRCA-Flugzeug „Tornado" die Waffensysteme „Starfighter" und „Phantom" ersetzen soll, dürfte dieser Prozentsatz noch erheblich ansteigen. Der „Tornado" ist Anfang Juli 1976 in die Serie gegangen. Bis 1987 wird die Bundesrepbulik hierfür, nach Schätzungen der SPD-Bundestagsabgeordneten Hansen, Reiser und Schlaga, etwa 50 Milliarden Mark ausgeben. Auch Großbritannien und Italien, die benfalls den „Tornado" in ihren Streitkräften einführen werden, werden in den nächsten zehn Jahren ähnlich hohe Ausgaben dafür aufbringen.

Die „Tornado"-Fertigung ist das bisher umfangreichste und umfassendste Beispiel für Rüstungskooperation zwischen mehreren NATO-Staaten. So werden die Rumpfvorder- und -hinterteile in Großbritannien bei *BA* gefertigt, die Tragflächen werden bei *AIT* in Italien hergestellt und die Endmontage erfolgt bei *MBB*, die auch das Rumpfmittelteil bauen. Das Triebwerk für den „Tornado" vom Typ RB 199 wird von der eigens für diesen Zweck gegründeten britischen Firma *Turbo Union Ltd.* produziert, die kapitalmäßig getragen wird zu je 40 Prozent von *Rolls Royce Ltd.* (Großbritannien), *Motoren- und Turbinen-Union*, München (BRD) und zu 20 Prozent von *FIAT* Turin (Italien). Die Flügelklappenantriebssysteme für den „Tornado" liefert die Firma *Microtecnica* (Italien), die 27 mm Bordkanone die *Industriewerke* Karlsruhe (BRD).

Welch international weitreichende Konsequenzen die Einführung eines solchen neuen Waffensystems wie des „Tornado" hat, läßt sich an dem Problem der Ausbildung der Piloten erkennen. So muß die Flugausbildung im Norden Schottlands erfolgen, die Schießausbildung wird auf Sizilien vorgenommen, das Einüben des Zusammenwirkens Boden–Luft und die Lufterprobung der einzelnen Maschinen soll vom BRD-Luftwaffenstützpunkt Meja in Portugal aus erfolgen. Die Zustimmung der portugiesischen Generalität für dieses Vorhaben „erkaufte" die BRD, indem die Bundeswehr den Luftstreitkräften Portugals 14 Kampfflugzeuge vom Typ F 104 G „schenkte".

MBB ist natürlich nicht nur auf die Produktion des „Tornado" festgelegt. Von militärischem Interesse ist weiterhin vor allem die Entwicklung von Streubomben, die meist mit Aufschlagszünder geliefert werden und mit mehreren Tausend kleiner Explosivkörper versehen sind. Besonders die Führung der USA-Luftwaffe soll von dem Wirkungsgrad und den Einsatzmöglichkeiten dieser Mordwaffe begeistert sein. Bemerkenswert ist auch, daß *MBB* der einzige europäische Rüstugnskonzern ist, der derzeit an der Herstellung von Laserwaffen (auf der Basis von CO_2-Laser) experimentiert, gemeinsam mit der USA-Firma *AVCO-Everett Ltd.*.

Die Entscheidung der Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs, gemeinsam das Schul- und Erdkampfflugzeug „Alpha-Jet" in ihre Streitkräfte einzuführen, sichert den beiden Produzenten, dem deutschen Konzern *Dornier GmbH*, Friedrichshafen und dem französischen *Avios Marcel Dassault-Breguet Aviation*, einen Rüstungsauftrag von jeweils über eine Milliarde DM. ...

Mit Hilfe von *Dassault*, federführend für das Gesamtprojekt, hofft man, mit dem „Alpha-Jet" auch auf einen guten Einstieg in das Exportgeschäft. Schon hat Belgien 33 Maschinen gefordert, liegen Kaufinteressen vor aus Dänemark, Italien, der Türkei, Brasilien und Ägypten.

Für den Bau einer neuen Generation von Großflugzeugen, für die allein Entwicklungskosten in Höhe von 215 Millionen DM veranschlagt werden, verhandelt *Dornier* mit möglichen Kooperationspartnern in Frankreich und in Japan.

Andere Beispiele für die rüstungswirtschaftliche Kooperation im Rahmen der NATO auf dem Gebiet der Luftrüstung sind:

- die gemeinsame deutsch-französische Entwicklung und Produktion der Flugabwehr-Lenkrakete „Roland 2", die NATO-einheitlich eingeführt werden soll und von den US-Streitkräften bereits angekauft wurde,
- die Gemeinschaftsproduktion der Lenk- und Panzerabwehrrakete „Sparrow", „Sidewinder", „Hawk" und „Dragon" durch die Firmen Raytheon (USA), McDonell Douglas(USA), Bodenseewerke/Fluggerätetechnik und Dornier (BRD) auf der Basis von USA-Lizenzen.
- ebenfalls auf der Basis einer USA-Lizenz wird die Spezi l-Lenkwaffe „Harpoon" in europäischer Kooperation gefertigt. Unter Führung der AEG sind an der Produktion Firmen aus Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden beteiligt. Diese entwickeln unter Führung von AEG z.Zt. das Nachfolgesystem für den „Harpoon", das System FLAM 80.
- Triebwerke für schwere Militärflugzeuge (z.B. „Noratlas", „C 130" usw.) werden gemeinsam gebaut von Klöckner-Humboldt-Deutz (BRD), Rolls Royce (Großbritannien), SNECMA (Frankreich) und FN(Belgien).

Was für die Flugzeugindustrie richtig ist, trifft in ähnlichem Umfang auch auf die anderen Branchen der Rüstungswirtschaft zu. Dabei wird der Konzentrationsprozeß gefördert durch Forderungen des Bonner Verteidigungsministeriums nach Standardisierung und durch dessen Neigung, möglichst nur mit einem Partner verhandeln zu wollen.

Bemerkenswerte Konzentrationsvorgänge haben sich in den letzten Jahren bei den Produzenten gepanzerter Fahrzeuge in der Bundesrepublik ergeben. Im wesentlichen handelt es sich dabei um die Produktion der Kampfpanzer Leopard I und II bzw. IIa, deren Produktionskapazitäten z.B. bis etwa 1980 durch staatliche Aufträge abgesichert sind, sowie um den Schützenpanzer „Marder" und um den Fla.-Panzer „Gepard". Das gesamte Leopard-Programm ist, nach Angaben der „Weißbücher"der Bundesregierung, auf etwa 10 Milliarden DM zu schätzen. Es wird von einer Firmengruppe mit der *Krauss-Maffei AG* als Systemführer realisiert. Zwischenzeitlich kam es hier zu dem bedeutenden Kooperationsvertrag mit den USA. In ähnlicher Weise wie für den „Leopard" ist die Produktion für den „Marder" organisiert. Systemführer ist hier die *Rheinstahl-Henschel-Hanomag-Gruppe (Thyssen-Konzern).*

Interessant für den Konzentrationsprozeß ist, daß beide Gruppen sich 1971 in der *„Deutschen Entwicklungsgesellschaft mbH."* zum speziellen Zweck einer gegenseitig abgestimmten Panzerproduktion zusammengeschlossen haben. Darüber hinaus arbeiten seit Februar 1976 alle an der Panzerfertigung in der Bundesrepublik beteiligten Firmen im *„Arbeitskreis gepanzerte Fahrzeuge"* zusammen, der unter Leitung des Vorstandsvorsitzenden von *„Daimler-Benz"*, Prof. Dr. Joachim von Zahn, steht. Dieser Arbeitskreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Panzerexport der Bundesrepublik zu forcieren und politische Widerstände dagegen zu beseitigen.

Auch die Produktion von Nutzfahrzeugen für die Streitkräfte ist in der Bundesrepublik in außerordentlicher Weise monopolisiert und wird über ein einziges „Gemeinschaftsbüro" in Bonn abgewickelt, in dem die Firmen *Büssing, MAN, Krupp, Klöckner-Humborldt-Deutz, Daimler-Benz* und *Krauss-Maffei* kooperieren.

Als das Bundesverteidigungsministerium Anfang März 1976 die Aufträge vergab für die vollständige Erneuerung des Fahrzeugparkes der Bundeswehr in drei Tranchen bis 1981, ein Auftrag in Höhe von etwa 9 bis 11 Milliarden DM, wurde offenkundig, daß es praktisch nur noch drei Lkw-Produzenten für die Bundeswehr gibt: *Daimler-Benz, MAN* und *Klöckner-Humboldt-Deutz.*

Bemerkenswert ist das rüstungswirtschaftliche Zusammenwirken von Konzernen mehrerer NATO-Staaten bei der westeuropäischen und deutschen Marinerüstung. So wirken beim Bau von zehn Fregatten vom Typ 122 für die Bundesmarine und von vier Fregatten gleichen Typs für die niederländische Marine, entsprechend einem „Memorandum of Understanding" zwischen der niederländischen und Bonner Regierung vom 17. Juli 1975, gegenwärtig zusammen: *Blohm & Voss, Thyssen, Nordseewerke Emden, Weser AG, Bremer Vulkan, Howaldtwerke Kiel, Bouverft de Schelde Clissingen, MTU München, Rolls Royce, General Electric Cincinnati USA.*

Eigens zum Zweck der Entwicklung, Planung und Produktion von Kriegsschiffen wurde auf Initiative der *AEG-Telefunken* und der *Fried. Krupp GmbH* 1966 eine *„Marine-Technik-Planungsgesellschaft mbH."(MTG)* gegründet. Außer *AEG* und *Krupp* gehören zu den Gesellschaftern der *MTG: BV Hollandse Signaelapparaten, Krupp Atlas Elektronik, Siemens AG, Standard Elektrik Lorenz, VFW-Fokker, Orenstein & Koppel, Fr. Lürssen Werft, Howaldtwerke – Deutsche Werft, Blohm & Voss, Bremer Vulkan, Mak Maschinenbau.* Weiterhin werden von diesen Firmen der *MTG* gebaut: Flugkörperfregatten 121, Minenjagdboote 331, Schnellboote 143, Kampfboote 130, Zerstörer Z 103. Bezeichnend für die Abhängigkeit dieser Produktionen von der fortgeschrittenen Technologie der USA ist, daß fast alle diese Schiffe mit Elektronik der dritten Generation amerikanischer Herkunft ausgerüstet werden, so z.B. die Zerstörer Z 103 der Bundesmarine mit Digitalrechnern der *UNIVAG ltd.*.

Folgende Giganten des Rüstungsgeschäfts in der Bundesrepublik (ohne Chemiekonzerne, ohne Elektrokonzerne, ohne ausländische Unternehmungen) beteiligen sich heute am lukrativen Rüstungsgeschäft:

Firma	Produkte
Flick-Konzern:	
Dynamit-Nobel AG, Troisdorf	Munition, Sprengmittel, Raketen
Krauss-Maffei AG, München	Panzer, Lkw
Motoren- und Turbinenunion, München	Triebwerke, Dieselmotoren
Buderrus'sche Eisernwerke, Wetzlar	Panzerteile
Sauer & Sohn, Düsseldorf	Schußwaffen
Krupp-Konzern:	
Krupp-Maschinenbau AG, Essen	Nutzfahrzeuge
VfW-Vokker, Bremen	Flugzeuge, Schiffsteile
Mak-Maschinenbau, Kiel	Schiffsmotoren, Bergepanzer
Atlas-Werke, Bremen	Schiffe, U-Boote
C. Platn KG, Hamburg	Nautisches Gerät
Diehl-Konzern:	
Diehl KG, Remscheid	Panzerketten, Panzerteile
Diehl-Luftfahrgeräte, Gauting	Flugzeuginstrumente
Diehl GmbH, Nürnberg	Zunder
Gebr. Junghans GmbH, Schwanberg	Flugzeuginstrumente
Quandt-Konzern:	
Bayerische Motorenwerke, München	Panzermotoren
Industriewerke, Karlsruhe	Munition, Flugzeugkanonen
Mauserwerke AG, Oberndorf	Schußwaffen, Munition
Daimler-Benz AG, Stuttgart	Lkw, Motoren, Triebwerke
Thyssen-Konzern:	
Armco-Thyssen Breitbandverarbeitung, Dinslaken	Panzerteile
Deutsche Edelstahlwerke, Krefeld	Schiffsbauteile
Nordseewerke AG, Emden	U-Boote, Zerstörer, Fregatten

Martin & Pagenstecher, Köln	Instrumente, Panzerausrüstungen
Rasselstein AG, Neuwied	Pioniergerät
Rhein-Plastic-Rolex GmbH.	Ausrüstungen
Stahlwerke Bochum AG	Schiffsbau
Rheinstahl-Hanomag AG (seit dem 1.4.76 *Thyssen Industrie AG*)	Panzer, Lkw
Henschel Wehrtechnik, Kassel	Geschütze

Bei diesen Konzernen handelt es sich bezeichnenderweise um die gleichen, die schon in den dreißiger Jahren das Wettrüsten im faschistischen Deutschen Reich anheizten und die offensichtlich alle die gegen sie von den Alliierten nach dem II. Weltkrieg verhängten Sanktionen gut überstanden haben.

Ehemalige Offiziere der Hitlerwehrmacht bzw. der Bundeswehr in der Industrie:

Winrich BEHR, Major im Generalstab (i.G.)
Gesellschafter der *Telefonbau und Normalzeit Lenner & Co.*

Fritz BERENDSEN, Oberst i.G.
Prokurist bei *Klöckner*, 1953-59 und 1965-69, CDU-MdB, 1959-1964 Bundeswehr, zuletzt Generalmajor, Sonderbeauftragter bei *Brown, Boveri & Cie.*

Peter BUSCH, Major i.G.
Hauptgeschäftsführer des *Stahlkontors Ruhr-West*

Wilhelm CHRISTIANS, Rittmeister
Vorstandsmitglied der *Deutschen Bank*

Gerhard ENGEL, Generalleutnant
Vertreter von Rüstungsfirmen in Bonn

Walther FELLGIEBEL, Major i.G.
Vorstandsmitglied der *Deutschen Zündwarenmonopolgesellschaft*

Raymund FESER, Major i.G.
Direktor der *Pfanniwerke*

Adolf GALLAND, General
Industrieberater bei *Messerschmitt-Bölkow-Blohm*

Erich HAMPE, General
Präsident des *Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz*

Clemens GRAF KRAGENECK, Major i.G.
Bankier bei *Hardy & Co.*

Werner KNEIPE, General
Abteilungsleiter Luftverkehr im *Bundesverteidigungsministerium*

Kurt LOTZ, Major i.G.
bis 1975 Generaldirektor des *Volkswagenwerkes*

D.W. von MENGES, Hauptmann i.G.
Generaldirektor der *Gutehoffnungshütte (Haniel)*

Egon OVERBECK, Major i.B.
Generaldirektor bei *Mannesmann*

Friedrich W. POLLMANN, Oberstleutnant
Vorstandsmitglied bei *Audi NSU*

Ludwig POULLAIN, Oberstleutnant
Generaldirektor der *Westdeutschen Landesbank*

Hans SALB, Major i.G.
Alleininhaber *Bankhaus Mertz & Co.*, Hamburg

Peter SAUERBRUCH, Oberstleutnant
Vorstandsmitglied der *Mobil Oil AG*

Toni SCHMÜCKER, Oberstleutnant
bis 1975 Generaldirektor der *Rheinstahl AG (Thyssen)*, seither Generaldirektor des *Volkswagenwerks*

Herbert SCHNEIDER, Hauptmann i.G.
Geschäftsführer des *Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie*

Wolfgang Thomale, Generalleutnant
Präsident des *Verbandes der Automobilindustrie*

Walter WENCK, General
Generaldirektor bei *Diehl*, rüstungswirtschaftlicher Berater des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie*

W.V. WIETERSHEIM, Generalleutnant
Leiter der Bonner Vertreteung der *DEMAG*

Günter WINKELMANN, Oberstleutnant
Direktor bei *Rheinstahl*

Helmut WITTE, Korvettenkapitän
Personalchef der *DEMAG*

Willy ANTRUP, Brigadegeneral
Technischer Berater der Firma *Hellige & Co. (Litton)*

Herbert BECKER, Brigadegeneral
Rheinmetall (Röchling-Konzern)

Helmut VERTRAM, Brigadegeneral
Engins Matra S.A., Frankreich

Wolfgang FALCK, Oberst
Bonner Vertreter der *McDonnell-Gouglas Corp.*

Kurt FISCHER, Brigadegeneral
Hispano-Suiza

Joachim FREYER, Generalmajor
Industrie-Werke, Karlsruhe

Lothar von HEINEMANN, Generalmajor
Bonner Vertreter der *Deutschen Philips*

August HENTZ, Generalmajor
Bonner Vertreter der *Boeing Corp.*

Hellmuth MÄDER, Generalleutnant
Vertreter der *Bell Aerospace Corp.* und von *Rheinmetall*

Hans MECKEL, Kapitän zur See
Technischer Berater der *Marinetechnik Planungsgesellschaft (MTG)*

Heinrich MOOG, Oberst
Vertreter von *VfW-Fokker* in Bonn

Werner PANITZKI, Generalleutnant
Vorsitzender des Beirates der *Europavia GmbH.*

Friedrich SCHLICHTING, Generalmajor
Vertreter von *Messerschmitt-Bölkow-Blohm* in Bonn

H. SPECHT, Oberstleutnant
Dornier

Erich TOPP, Konteradmiral
Deutsche Werft AG

Henning WILCKE, Generalmajor
Dornier

Helmuth ROTH, Oberst
Abrüstungsbeauftragter der *Bundesregierung*

INTERNATIONALES

KKW-GEGENSTRATEGIE EINES ENERGIEKON–ZERNS

RENNES
16. November

Mit einer etwa 10 minütigen Stromunterbrechung in der Bretagne am Abend des 11. November hat der staatliche französische Energiekonzern EDF einen ersten größeren Angriff gegen die KKW-Nein–Bewegung in der Bretagne, die sich seit bald drei Jahren dem Bau von KKW.s widersetzt (siehe ID 130), unternommen. Gewerkschaften und Linksparteien sind sich im großen ganzen über die Hintergründe diese Aktion einig: Die EDF will die Bevölkerung in Sachen KKW-Bau erpressen. Die Argumentation der EDF ist so geartet, die Bevölkerung mit Schuldgefühlen und -komplexen zu belasten, damit sie sich schließlich dem Kernenergieprogramm nicht mehr widersetzt. So erklärte man, es sei deshalb zur Stromunterbrechung in der Bretagne gekommen, weil diese Region ihren eigenen Strombedarf nicht alleine aufbringt (nach Angaben beträgt das momentane Defizit 1000 MW, eine Strommenge, die ein mittleres KKW prodiziert!).

In den folgenden Wochen wird sich zeigen, ob das Kräfteverhältnis für die betroffene Bevölkerung günstig und die Bewegung stark genug ist, einer großangelegten Offensive der KKW-Betreiber standzuhalten. (aus: Liberation)

NEUES ATTENTAT DER KKW-NEIN-GRUPPE COPEAU

COMPREIGNAC
16. November

Nach dem Attentat der Gruppe COPEAU auf die Büroräume eines mit der Herstellung von radioaktiven Brennstoffen beschäftigten Unternehmens (siehe ID 151), intervenierte die Gruppe nun in der Uranium-Mine von Margnac (Limousin). Die Mine von Margnac, in der Nähe von Compreignac, gehört zur Bergbau-Sektion des Hauptlieferanten französischen Uraniums, Crouzille.

In der Nacht vom 13. zum 14. November beschädigte eine starke Sprengstoffexplosion zwei Betriebsgebäude der Mine, in denen vier Kompressoren standen. Die Arbeit in der Mine wird für eine ziemlich lange Zeit unterbrochen werden müssen, 180 Bergleute sind arbeitslos.

In einem Communique der Gruppe COPEAU heißt es: „Die nukleare Gesellschaft hat durch die Errichtung einer militärisch-polizeilichen Kontrolle der KKW-Gegend und des KKW Personals die Einsetzung eines immer entwickelteren Polizeisystems zur Folge. Trotz aller Dementis kann es die „friedliche Atomenergienutzung" nicht geben, denn im gleichen Moment, in dem die KKW's Elektrizität produzieren, liefern sie Plutonium, das Basiselement der Atombombe. Wir können weder die Kernenergie-Gesellschaft noch die Gesellschaftsgruppen, die sie aufbauen wollen, tolerieren. So sind wir entschlossen, diese mit allen Mitteln zu zerstören. Keine symbolische Aktion kann die Herrschenden aufhalten, was die jüngsten KKW-Demos bezeugen!"

„Nur die radikale Aktion zahlt sich aus. Alle, die eine totale Umwandlung dieser Welt wollen, können nicht länger dulden, daß die Gesellschaftssysteme in Ost und West Ausbeutungs- und Entfremdungsapparate aufbauen, die immer besser dazu geeignet sind, den Menschen zu kontrollieren.Jeder kann sich selbst überzeugen."

Zu erwähnen bleibt, daß der Name der Gruppe COPEAU (Commando d'opposition par l'explosif a l'autodestruction de l' univers — etwa: Sprengstoffoppositionskommando gegen die Selbstzerstörung des Universums) auf den Held des Romans „Un bonheur insoutenable" (etwa: „unerträgliches Glück") zurückgeht, der am Schluß den höllischen Computer zerstört, der alles sieht, zentralisiert und so das Leben des Menschheit beherrscht..... (aus: Liberation)

KKW-ARBEITER DURCH RADIOAKTIVITÄT GEFÄHRDET

WASHINGTON
17. November

Seit 1947 sind Arbeiter der US-Komission für Atomenergie (atomic energy commission AEC) fast 2 Millionen mal radioaktiven Strahlungen ausgesetzt gewesen. Derartige Vorfälle nehmen in der letzten Zeit zu. Zwei Studien, die von der AEC 1974 und 1975 durchgeführt worden sind und von der Umweltgruppe „Kritische Masse" veröffentlicht wurden, decken auch die verheerende Zunahme von Betriebsunfällen der Atomarbeiter auf. Die Berichte heißen:

(WASH 1192) „operational accidents an radiation exposure within the US Atomic Energy Commission, 1943 - 1975"

und:

(WASH 1311), „a compilation of occupational radiation exposure from light water cooled nuclear power plants, 1969 - 1970"

Der Direktor der Öl-, Chemie- und Atom-Industriearbeitergewerkschaft Anthony Mazzocchi, der 12.000 Atomindustriearbeiter vertritt, nennt die Arbeitsbedingungen „äußerst gefährlich". Außerdem gebe es für die Arbeiter keine festgelegten Mittel, um diese Situation zu verbessern. „Natürlich hat man das „Recht", sich zu beschweren", sagt er, „aber dabei kannst du natürlich deinen Job verlieren."

Die US-Behörde für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, (Occupational Safety and Health Administration OSHA) hat keinerlei rechtliche Möglichkeiten, sich Beschwerden der Arbeiter anzunehmen. Nur Behörden, die sich mit der Planung und Erforschung der Atomenergie befassen, dürfen solchen Beschwerden nachgehen.

Nach dem Bericht WASH 1311 der AEC steigt die Dosis, der ein Arbeiter in einem normalen Kernkraftwerk ausgesetzt ist, enorm an. Auch die Anzahl der Personen pro Werk, die die unvorhergesehenen Strahlungen erleiden, nimmt rapide zu. 1969 wurden im Durchschnitt 141 Personen pro Werk Strahlungen ausgesetzt, 1973 war der Durchschnitt bei 578 Personen pro Werk angelangt.

Nach Angaben von Nuklearingenieuren bauen die Kernkraftwerke mit der Zeit einen sogenannten Strahlenbestand (radiation inventory) auf, der bis zu einem gewissen Grad das gesamte Werk verseucht, selbst Stellen, die weit weg vom eigentlichen Kern sind.

aus: Liberation News Service

FORD RISKIERT KEINE AUSSPERRUNG – DAFÜR ANDERE DISZIPLINIERUNG

LONDON
25.November

Als am 14.Oktober die Nachricht über die ersten Disziplinierungsmaßnahmen von Ford in Dagenham gegen die Arbeiter, die angeblich an den gewaltsamen Aktionen Anfang Oktober (siehe ID 146) gegen unbezahlte Aussperrung teilgenommen haben sollen, bekannt wurde, hat eine Gruppe von 72 Arbeitern einen Streik begonnen.

5 Arbeiter waren entlassen, 10 für eine Woche ohne Lohn suspendiert worden, weitere 7 Fälle sind noch nicht entschieden. Auf einer Massenversammlung am Freitag, den 15. wurde gegen einen Streik für die Wiedereinstellung der Entlassenen entschieden. Die 72 setzten daraufhin ihren Streik ab. Die Türeinhänger aber – einer der Entlassenen war aus ihrer Sektion traten dagegen in den Streik. Die Shop Stewards (Vertrauensleute) unterstützten diese Streikaktion dadurch, daß sie keine anderen Arbeiter an die Arbeitsplätze der Streikenden ließen.

Trotz des 'gestörten Produktionsablaufes' wurden die Arbeiter im Werk behalten — also bezahlt — das heißt, Ford riskierte diesmal nicht, die Arbeiter auszusperren, sondern versuchte mit Erfolg die Türeinhänger zu isolieren. Als die Türeinhänger einer Aufforderung der Werksleitung, am Montagabend, den 18.10., wieder die Arbeit aufzunehmen, nicht nachgekommen waren, wurden sie alle einfach entlassen. Ford wollte zu diesem Zeitpunkt 'Freiwillige', das heißt Streikbrecher dort einsetzen. (Der Grund dafür, daß es genügend 'Freiwillige'ga b, ist sicher darin zu sehen, daß die Fordarbeiter seit der Sommerpause im August, bedingt durch Streiks und Aussperrungen über 200 Pfund an Lohnausfall zu verzeichnen hatten.)

Daraufhin blockierten die Türeinhänger ihren Abschnitt bis Mittwochmittag, als der entlassene Türeinhänger Ken West erklärte, er würde jetzt seine Wiedereinstellung auf privater Ebene mit dem Werk ausfechten. Daraufhin erlaubten auch die Shop Stewards Freiwillige an dembestreikten Abschnitt und die Produktion konnte wieder aufgenommen werden. Am Donnerstag, den 21.10. wurden 9 Türeinhänger wieder eingestellt — mit Ausnahme von Ken West. Er wird seinen Fall vor ein Industrial Tribunal bringen — einem Gremium, besetzt von Juristen, Gewerkschaftern, in dem über die Rechtmäßigkeit von Entlassungen und ähnlichem entschieden wird.

POLIZEI RÄUMTE BESETZTES HAUS

NIMWEGEN 23. November — Eine „mobile Einheit" der Nimwegener Polizei hat am 16. November ein von 20 Jugendlichen besetztes Haus geräumt. In Holland gibt es zur Zeit viele Aktionen für selbständiges Wohnen, beteiligt daran sind Jugendliche, Arbeiter und Angestellte. Auch viele Studenten sind ohne Wohnungen.

Insgesamt gibt es in Nimwegen vier von Jugendlichen besetzte Häuser. Das Haus *Bayard* war das erste, das auf Befehl des Richters geräumt wurde. Der neue Besitzer ist ein belgischer Sklavenhändler, der das Haus für viel Geld gekauft hat und es als Obdach für Gastarbeiter benützen will.

Eigentlich sollte das Haus schon am 14. November geräumt werden. Aber die Polizei traute sich nicht, weil an diesem Tag zu viele Jugendliche ins Haus gekommen waren. Als sie dann am Mittwoch kam, waren nur 16 Jugendliche da. Die Polizei ist übers Dach ins Haus eingestiegen. Die Bewohner eines Nachbarhauses haben die Polizisten durch ihre Räume aufs Dach des Besetzten Hauses gehen lassen.

Während der Räumung konnte man eine gewisse Geilheit und Stolz bei den Bullen feststellen. Der Kommissar erklärte der anwesenden Presse, die „Aktion sei eine Musteraktion genau nach Plan" gewesen. Nach der Räumung durfte die Presse Fotos vom „Schweinestall" im Haus machen. Zuvor hatten die Bullen in der Küche Geschirr auf den Boden geworfen — dafür gibt es Zeugen — und gesagt:„Solche Schweine sind die Kraker (Besetzer)."

Als das Haus geräumt war, gabs eine Demonstration, die von sehr vielen Bullen „begleitet" wurde. Zweimal kam es zu Schlägereien, ein Beamter hat mit Video alles gefilmt.

Die Kraker hatten zuvor mit der Polizei vereinbart, daß von beiden Seiten keine Gewalt angewandt werden sollte. Aber die Bullen haben sich nicht daran gehalten und wild drauf losgeschlagen. Manche mußten bei der Demonstration vom Kommissar zurückgehalten werden, ihre „Lust an der Arbeit" war selbst ihm zuviel geworden.

Es ist zu befürchten, daß die drei anderen besetzten Häuser auch bald geräumt werden .....

ABKOMMEN GEGEN DEN TERRORISMUS

STRASSBURG 18.November — Die Vertreter der Außenminister der im Europarat vertretenen Länder verabschiedeten am 10.November ein internationales Abkommen gegen den Terrorismus. Auf einer Pressekonferenz erklärte der Direktor der Justizabteilung des Europarates: „In der augenblicklichen Situation gibt es eine allgemeine Tendenz in der europäischen Gemeinschaft in Richtung einer Einschränkung dessen, was man ein politisches Privileg nennen könnte, daß sich einer Auslieferung entgegenstellen könnte." Die Gründe für ein solches Abkommen seien „die Wahrung und Entwicklung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten."

Im ersten Artikel heißt es: „Beim Auslieferungsverfahren zwischen den vertragsschließenden Staaten werden folgende Gesetzesübertretungen nicht mehr als politische Delikte oder Verstöße, geleitet von politischen Motiven, angesehen." Es folgt eine Reihe von Verbrechen, die von Flugzeugentführung, Geiselnahme, Entführung über Freiheitsberaubung, Gebrauch von Bomben, Granaten, bis hin zum einfachen Waffengebrauch gehen.

Artikel 2 erweitert die Unklarheit zwischen gemeinem und politischen Recht auf jede Gewalttat gegen das Leben, gegen die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit von Personen und sogar gegen „schwerwiegende Aktivitäten gegen Güter" aus. Diese Bestimmungen beziehen sich ebenfalls auf den Versuch und die Komplizenschaft terroristischer Aktivitäten.

Artikel 10 regelt die Entscheidung eines Staates, einen Terroristen nicht auszuliefern: ein übernationales Verfahren ist hierfür vorgesehen und der europäische Gerichtshof der Menschenrechte spielt die Rolle des Schiedsrichters. Selbstverständlich ist laut Abkommen jedes vertragsschließende Land berechtigt, ähnliche Abkommen mit Nicht-Mitgliedern des Europarates zu schliessen.

Mit diesem Abkommen gibt es also keine politisch motivierten Delikte mehr. Der Text sieht außerdem eine größtmögliche gegenseitige juristische Hilfe zwischen des Staaten vor.

Das Abkommen soll am 27. Januar in Straßburg anläßlich einer Sitzung des Ministerrates der 19 Mitgliedstaaten unterzeichnet werden.

(aus apl-b und liberation)

DEMOKRATISCHES MANIFEST BULLETIN – INSTANZ FÜR REPRESSIONSFÄLLE

ZÜRICH 18. November — In der Schweiz ist die erste Ausgabe eines Pressedienstes über Repression erschienen, das dmb (DemokratischesManifest Bulletin). In einer Selbstdarstellung heißt es:

„Das Presse-Bulletin der Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Manifest greift Repressionsfälle — Ungerechtigkeiten, einschränkende Maßnahmen, Maßregelungen, Entlassungen usw. — auf. Eine Redaktionsgruppe sammelt die Informationen, überprüft sie, spricht mit den Beteiligten und veröfentlicht einen Artikel im regelmäßig erscheinenden dmb. Dieses Presse-Bulletin wird an die Zeitungen, an die Gewerkschaftspresse und an die Alternativmedien verschickt. Das dmb ist auf Meldungen über alle möglichen Repressionsfälle aus der ganzen Schweiz angewiesen, ungeachtet des politischen Standortes. Das dmb ist die Instanz, an die man sich wendet, wenn etwas passiert.

Repressionsfälle werden im dmb nur mit Zustimmung der Betroffenen veröffentlicht — in einer Form, die weder dem Informanten, noch dem Betroffenen schadet. Diskretion ist selbstverständlich zugesichert. Wichtig ist, daß die Redaktionsgruppe möglichst vollständige Unterlagen erhält. Oft können Kopien von schriftlichen Unterlagen weiterhelfen (Kündigungen, Drohungen, Briefe, Rapporte usw.).

Das dmb will Repressionsfälle aus allen Bereichen aufgreifen, zum Beispiel: Abbau der Rechte am Arbeitsplatz, fragwürdige Kündigungspraktiken, Lohnkürzungen, ungleiche Entlohnung, wachsender Arbeitsdruck, Maßnahmen wegen der politischen oder kulturellen Gesinnung, unangemessene Beschäftigung von Lehrlingen, Einschränkung der Freiheitsrechte, Mietzinswucher, Ungerechtigkeiten im Militärdienst, Wohnungskündigungen usw..

Die Adresse des dmb lautet:
dmb Demokratisches Manifest Bulletin,
Postfach 107
CH 8036 Zürich
Telefon Zürich, 47 76 78 oder 233 446

OST-TIMOR: EIN JAHR UNABHÄNGIGKEIT

BONN 24. November Den folgenden Situationsbericht zum Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Demokratischen Republik Ost-Timor überließ uns die Redaktion des 3. Welt Magazins (3WM). Eine ausführlichere Version wird in der Dezember-Ausgabe von 3WM abgedruckt (zu beziehen über: *pdw-Verlag, Redaktion 3. Welt Magazin, Buschstraße 20, 53 bonn 1*).

28. November 1976: erster Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Demokratischen Republik Ost-Timor (*DRET*). Am 7. Dezember lag die militärische Invasion Ost-Timors durch indonesische Truppen ebenfalls ein Jahr zurück, die brutal und blutig die soeben etablierte Regierung der *DRET* zu stürzen versuchte. Bis zum Dezember des Jahres 1975 gewann die Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor – *Fretilin* – die Unterstützung weitester Bevölkerungskreise, indem sie der Bevölkerung jene sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen brachte, die sie nach so vielen Jahrhunderten ausbeuterischer und ignoranter portugiesischer Kolonialherrschaft dringend benötigte.

Unter der Leitung der *Fretilin* hat die *DRET* im vergangenen Jahr sowohl an der militärischen als auch an der diplomatischen Front eine Reihe wichtiger Siege über Indonesien errungen. Mit Beginn des Monsuns, der von Oktober bis Mai dauert, werden die indonesischen Truppen sicherlich wieder große Probleme mit den morastigen Bodenverhältnissen haben und somit leicht Zielscheibe für die zunehmend schlagkräftiger werdende Guerilla Ost-Timors darstellen. Das Volk von Ost-Timor sieht sich 35000 indonesischen Soldaten auf seinem Territorium gegenüber.

Begünstigt durch den gebirgigen Charakter des Landes, sowie durch die Tatsache, daß die indonesischen Konvois in den Tälern leicht anzugreifen sind, werden die bewaffneten Streitkräfte Ost-Timors weitere Siege über die zunehmend demoralisierten Truppen Suhartos erringen, denen ein schneller und leichter Sieg versprochen worden war. Die Guerilla hat bereits große Waffenbestände Indonesiens erbeutet und verfügt über genügend Waffen, um den Kampf noch mehrere Jahre durchstehen zu können. Trotz der Zusage der USA, Indonesien wirkungsvolle Mittel zur Guerilla-Bekämpfung zur Verfügung zu stellen – besonders Flugzeuge – ist es unwahrscheinlich, daß ein indonesischer Vormarsch erfolgreich sein wird. Die Erwartung, daß mit Ausnahme weniger Städte und Ortschaften fast das gesamte Gebiet in der Hand der *Fretilin* verbleiben wird, entspricht der gegenwärtigen Situation. Und in der Tat zögern die Indonesier, in richtiger Einschätzung der Lage, Diplomaten und Journalisten einreisen zu lassen, da sie für ihre Sicherheit in einer Vietnam-ähnlichen Atmosphäre – der „Feind" ist das gesamte Volk und bei Nacht kontrolliert die Guerilla alle Wege und Straßen – nicht garantieren können.

Mit Ausnahme von der Stadt *Ermera* kontrolliert die indonesische Armee heute genausoviel Terrain wie noch im vergangenen Februar. Alle Angriffe während der letzten Trockenperiode sind zurückgeschlagen worden, und der Monsun macht neue Offensiven äußerst schwierig. Die Kontrolle Indonesiens beschränkt sich auf einige Straßen und die Städte und Ortschaften zu beiden Seiten. Radio Maubere – in der Hand von *Fretilin* – berichtet, daß indonesische Truppen in Lospalos und Ossu eingeschlossen sind. Die *Fretilin* kontrolliert das größte Gebiet um Bacau, der zweitwichtigsten Stadt. Kämpfe haben um Suai, Hatu Bulico, Ainaro und an der Straße von Same nach Betano stattgefunden. Radio Maubere berichtete am 24. Oktober, daß die Ortschaft Madebeno, nur zehn Kilometer von der Hauptstadt Dili entfernt, bombardiert wurde. Sehr wahrscheinlich befindet sie sich unter Kontrolle der *Fretilin*.

KORREKTUR UND ERGÄNZUNG ZU: ISOLATIONSHAFT IN DER SCHWEIZ

24. November Im letzten ID ist uns ein ärgerlicher Fehler unterlaufen: die letzte Seite des Berichtes war irgendwo verschwunden, die angegebene Kontaktadresse ist verkehrt. Hier nun die richtigen Adressen und ein zusätzlicher Hinweis:
Komitee gegen Isolationshaft, Postfach 939, CH-8039 Zürich,
Komitee zur Wahrung der Menschenrechte in der Schweiz, c/o K.-Peter Plein, 4320 Hattingen 14, Tiggeweg 6,
Rote Hilfe Zürich, Postfach 2027, CH-8030 Zürich.
Beim Prolit-Vertrieb in Giessen ist eine 90-seitige Broschüre erhältlich (Preis: 5.- DM), Titel „Todesstrafe auf Raten"/Isolationshaft in der Schweiz, die vom Züricher Komitee im August beim Eco-Verlag Zürich herausgegeben wurde. Wer nicht soviel anlegen kann und will, kann gegen 3.- DM (Briefmarken) bei der RH Zürich eine andere Dokumentation erstehen. Titel „Das ist oberfaul im Haftvollzug des Kantons „Zürich". Diese Broschüre (50 Seiten) vergleicht allerdings nur die Züricher Gefängnisverordnung mit der Untersuchungsvollzugsordnung der BRD.

GEGENDARSTELLUNG

Ihr habt im letzten ID (Nr. 151) aus der *symbiose* zitiert. („Drei fiktive Nachrichten"). Leider so, daß mit dem Text auch der Sinn der drei ‚fiktiven' Nachrichten verfälscht wurde. Es muß richtig im einzelnen heißen:

„Brockdorf, 30.10.85: Im KKW Brockdorf kam es heute zu einem weiteren Störfall ..."

und nicht

„... an die erfolgreiche Verhinderung des geplanten KKW's Brokdorf vor neun Jahren."

Sinn der fiktiven Nachrichten war es nicht, Zweckoptimismus zu verbreiten, sondern anhand von in gebräuchlichen Formulierungen gehaltenen „Nachrichten" deutlich zu machen, was uns so alles blüht, wenn der Bau weiterer KKW's nicht verhindert wird!

Für die Gruppe *symbiose*, Helmut Lindner.

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare	(153)
903R	158	1	

H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.



KEIN ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF ODER SONSTWO!